



ALLES ÜBER DAS BÖSE AUF DER WELT

# TATblatt

Projekt  
weitageszeitung  
alle 14 Tage  
brandaktuell

Jetzt mit  
VolxVERzählungs-Eck

MINUS 59 NUMMER

(20/90)

4. DEZEMBER 1990

PREIS: öS 10,—

Malaysia: Nur noch 5 Jahre?

## Das Ende des Regenwaldes und seiner BewohnerInnen

Um auf die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen hinzuweisen, verließen Mutang Urud und Mutang Tuo, zwei *Penan* (Mitglieder eines der letzten im Wald lebenden Nomadenvölker der Welt) den tropischen Regenwald Malaysias und tourten nach Australien, Asien, Nordamerika, Japan und Europa. Mit ihnen kamen auch Unga Paran (Angehöriger eines anderen Volkes Malaysias), sowie Bruno Manser nach Wien, ein Schweizer der einst auszog, seine romantischen Träume vom Leben in der Wildnis einzulösen... *Fortsetzung Seite 16*



Blockade der Penan und Kelabit aus Long Napir (Mai 1987)

Foto: Yuta Harago; entnommen aus: Bedrohte Völker, Menschenrechtsreport Nr 4/1990 der Gesellschaft für bedrohte Völker — Schweiz

Wien/Donaupark:

### Aushub der Mülldeponie am EXPO-Gelände beginnt

**„Widerstandsfest“ am Sonntag, 9. Dezember, ab 14 Uhr im Donaupark, vor der Eissporthalle**

Egal, ob die EXPO nun tatsächlich stattfindet oder nicht, die geplanten Wahnsinnsprojekte wie die „2. Wiener City“ an der Donau werden auf alle Fälle durchgezogen. Zu diesem Zwecke sollen nun 700 000m<sup>3</sup> teilweise hochgiftigen Mülls einer ehemaligen Mülldeponie unter dem Donaupark abtransportiert werden. Mit größter Wahrscheinlichkeit haben die Arbeiten dazu bereits am 3. Dezember begonnen. Widerstand ist angesagt.

*Genauer auf Seite 7*

### Knüppelvorhang

geplante Massendeportationen, weitere Verschärfungen des Fremdenpolizeigesetzes, und und und...

Wiederholt kommt es aber auch zu Protestaktionen.

Um weitere Aktionen zu organisieren und den Aufbau eines breiten Widerstandes zu planen gibt es ein Koordinationstreffen am Freitag, dem 7. Dezember, um 19 Uhr im Amerlinghaus in Wien. *Seite 3*

**Gute Nachrichten aus dem Briefkasten:**  
folgende Schreiben sind in den letzten Tagen bei uns eingelangt:

**Aktionstag**

# „NEIN zur Gewalt gegen Frauen“

nachdem uns schon lange klar ist, daß wir *keine* waren sind, haben wir uns *endlich* entschlossen, sexshops am 25. november zu schließen. mit superkleber (viel!!) und spraydosen ist es keine große hexerei

- nieder mit dem patriarchat
- schluß mit der vermarktung von frauen
- gegen sextourismus und frauenhandel
- pornographie ist vergewaltigung
- vergewaltiger wir kriegen euch!
- scheißkerle wir treten euch!
- frauen bewegt euch, daß ihr eure fesseln spürt!

*kommando gehn's bittschön, das muß schon ein bisschen anders werden*

Anmerkung des TATblatts: Das Original dieses Briefes hat sich leider aus Sicherheitsgründen von selbst vernichtet. Dadurch fehlt der optische Eindruck, den das mühevoll, aus Zeitungsteilen zusammengeschnipselte Layout der Erklärung quasi als Teil des Inhalts mitlieferte. Selbiger Inhalt ist hier mittels **Fett-** und *Kursivdrucks* lediglich angedeutet.

## Der schwarz-rote Siegfried-Kopf

In der Nacht von 22. auf 23. November verübten wir die „...Schweineerei, die seinesgleichen sucht ...“ (Kronzeitung 24.11.) in der Aula der Uni Wien und gegen den Siegfried-Kopf.

Das vom Hitlerbüstenschaffer Josef Müller gefertigte Denkmal wurde 1923 von der rechtsextremen „Deutschen Studentenschaft“ gestiftet. Schon 1922 trat sie vehement für Zulassungsbeschränkungen jüdischer StudentInnen und ProfessorInnen ein. Nach 1945 kurz zu neuem Wirken erwacht, fiel sie schließlich unter das Verbotsgesetz für national-sozialistische Wiederbetätigung.

Somit steht der Siegfried-Kopf seit 67 Jahren als Symbol für deutsch-nationale, faschistische, antisemitische und rassistische Ideologie — für Kriegsverherrlichung, Heldenpathos und Mystifizierung von Kadavergehorsam.

1990 ist der geplante Abtransport des Denkmals den faschistoiden Medien sowie den rechtsextremen Parteien und Gruppierungen Österreichs einen wüsten Kampf um die Erhaltung auf dem Standort wert.

Angesichts einer vor allem durch Kronzeitung und FPÖ zu äußerster Brutalität verhetzten Bevölkerung, in der größtenteils latenter Grundkonsens zum Faschismus herrscht, entschließt sich die Große Koalition, offen die Menschenrechte außer Kraft zu setzen: Zwangsdeportationen ungeachtet der Folterungen und Morde in den „Heimat“ländern, Visumpflicht für verarmte Menschen, Grenzschutztruppen als kapitalistischer Wall gegen Osten, Sozialabbau, vermehrte Ausgrenzung von „nicht brauchbarem“ Menschenmaterial ...

Legalisiert und exekutiert von einer kapitalistischen Justiz, die jeden Widerstand kriminalisiert — 45 Jahre nach dem offiziellen „Ende“ der Nazi-Diktatur werden Kriegsdienstverweigerer mit hohen Haftstrafen eingekerkert; einer Justiz, der der Schutz des Privateigentums alles gilt, die Verteidigung der Menschenrechte nichts. Schließlich ausgeführt von einer zu Kadavergehorsam ge-drillten faschistischen und sexistischen Prügeipolizei und Armee.

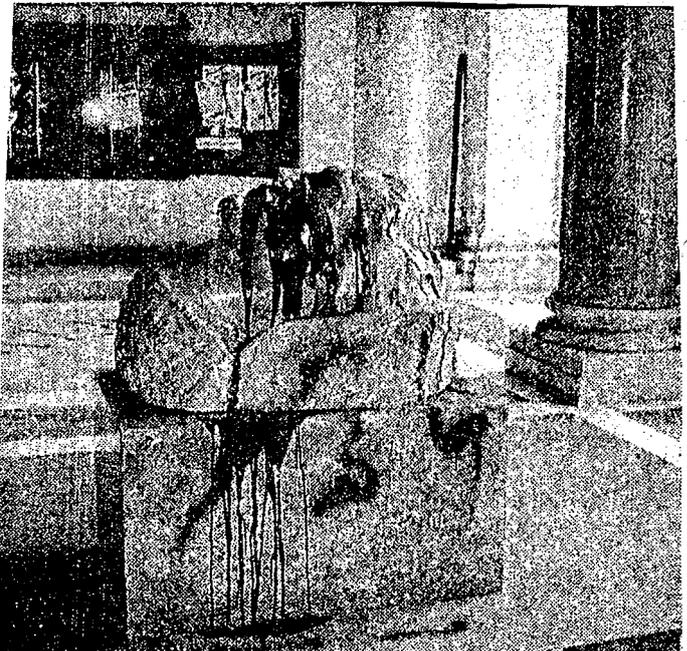
Gleichzeitig tragen österreichisches Kapital und österreichische

Waffen zu Verelendung und Mord in unzähligen Ländern bei. Dem Imperialismus als höchster Entwicklungsform des Kapitalismus gelten Menschen nichts — Parole weltweit: Maximierung des Profits.

**Kampf dem Faschismus ist gleich Kampf dem Kapitalismus**

*Aktion Antifa*

Foto: akin / Newald



# Der Knüppelvorhang, zweiter Teil

Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit wurde vom Innenministerium eine Neufassung des Fremdenpolizeigesetzes lanciert. Das Fremdenpolizeigesetz wurde bereits im Frühjahr durch zwei Novellen drastisch verschärft; jetzt wird das Instrumentarium der Willkür in eine homogene Form gegossen und weiter verschärft.

(TATblatt-Wien)

Auch der Einfluß von kritischen Gruppen und Institutionen sollte so gering wie möglich gehalten werden. Im allgemeinen Teil der Erläuterungen wird behauptet, daß "Ausländerorganisationen" an der Entwicklung des Fremdenrechtes mitgearbeitet hätten. Doch dem ist nicht so: Die Arbeitsgruppe bestand nur aus Beamten des Innenministeriums; die genannten "Ausländerorganisationen" waren davon faktisch ausgeschlossen. Immerhin gab es — im Gegensatz zu den beiden jüngsten Novellen, die durch Initiativanträge ins Parlament eingebracht wurden — bei diesem Entwurf eine Begutachtungsphase.

Die Novellen Anfang des Jahres hatten im wesentlichen die Einführung neuer rechtlicher Möglichkeiten, um Menschen von österreichischem Gebiet zwangsweise zu entfernen, zum Inhalt. Parallel wurden zB. Flugzeuge zu Paßinland deklariert, so daß "unerwünschte" Personen am Aussteigen aus Flugzeugen gehindert werden können.

In dem neuen Entwurf werden die Möglichkeiten, ein Aufenthaltsverbot zu verhängen, weiter ausgedehnt. Der Aufenthalt im ach so schönen Österreich ("Komm, bleib!") kann bei einer Gefährdung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit verboten werden. Und die will das Innenministerium in Zukunft gefährdet sehen, wenn

- Freiheitsstrafen ab einer gewissen Höhe verhängt wurden

- mehr als einmal schwerwiegende Verwaltungsübertretungen oder Übertretungen des Aufenthaltsrechts festgestellt wurden,

- bei vorsätzlichen devisenrechtlichen oder Finanzvergehen,

- bei Verstößen gegen die Prostitutionsvorschriften oder bei Zuhälterei im In- oder Ausland,

- bei Mitwirkung an Schlepperei,

- bei unerlaubter Beschäftigung im Zeitraum bis zu drei Monate nach der Einreise,

- bei unrichtigen Angaben über die eigene Person oder den Aufenthalt, und

- wenn die oder der "Fremde" den Besitz der Mittel zu seinem Unterhalt nicht nachzuweisen vermag. Es sei denn, sie oder er ist drei der letzten fünf Jahre erlaubt erwerbstätig gewesen.

Zusätzlich zur regulären Bestrafung werden damit Menschen doppelt sanktioniert. Teilweise werden keine Gesetzesverletzungen sanktioniert, sondern soziale Tatsachen, für die nicht Menschen aus anderen Ländern, sondern die Regierenden verantwortlich zu machen sind.

Neu ist das Sanktionsmittel der "Aufenthaltsbeendigung": Personen sollen (wenn sie ihren Wohnsitz nicht im Bundesgebiet haben) im Zeitraum bis zu einem Monat

nach der Einreise "zur Beendigung ihres Aufenthaltes verpflichtet werden" können, wenn sie bei angeblich begangenen strafbaren Handlungen der Täterschaft beschuldigt oder — auch noch nicht rechtskräftig —

rechtfertigen, er wolle im Bundesgebiet zur vorsätzlichen Begehung von Finanzvergehen, mit Ausnahme von Finanzordnungswidrigkeiten, oder zu vorsätzlichen Zuwiderhandlungen gegen devisenrechtliche Vor-



Proteste gegen die Deportationspolitik der Bundesregierung  
(siehe nächste Seite)

verurteilt wurden.

Diese Regelung widerspricht der Unschuldsumutung in strafrechtlichen Prozessen und steht — ebenso wie die "Ausweisung", die bereits im März neu eingeführt wurde — im Widerspruch zum 7. Zusatzprotokoll der Menschenrechtskonvention.

Die Kompetenz der Grenzkontrollorgane, Personen die Einreise zu verweigern, die bisher nicht gesetzlich festgelegt war, soll nun via "Zurückweisung" definiert werden. Auch wenn eine Person die erforderlichen Einreisedokumente besitzt und weder ein aufrechtes Aufenthaltsverbot oder noch eine Aufenthaltsbeendigung besteht, kann dieser Person die Einreise verweigert werden. Nämlich wenn "der Fremde"

1. ... zwar zur sichtsvermerksfreien Einreise in das Bundesgebiet berechtigt ist, aber bestimmte Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß

a) sein Aufenthalt im Bundesgebiet die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit oder die Volksgesundheit oder die Beziehungen der Republik Österreich zu einem anderen Staat gefährden würde oder daß

b) er ohne die hierfür erforderlichen Bewilligungen die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit im Bundesgebiet beabsichtigt;

c) er im Bundesgebiet um seines Vorteiles willen Schlepperei begehen oder an ihr mitwirken werde;

2. ... er nicht über die Mittel zur Bestreitung der Kosten seines Aufenthaltes und seiner Wiederausreise verfügt;

3. ... bestimmte Tatsachen die Annahme

schriften benötigen.

In Schubhaft Festgenommene oder Angehaltene sollen in Zukunft einen "unabhängigen Verwaltungssenat" anrufen können. Die Beschwerde muß zwar dem Verwaltungssenat spätestens zwei Tage vorgelegt werden, der dann binnen einer Woche zu entscheiden hat; die Beschwerde hemmt jedoch nicht die Abschiebung. Menschen, die sich via Beschwerde gegen Schubhaft und Abschiebung wehren, sind möglicherweise schon längst außer Landes geschafft, wenn der Senat den Festnahmebescheid aufhebt. Insofern ist diese Beschwerde ein ziemlich stumpfes Rechtsmittel — abgesehen von der Tatsache, daß sie an den rassistischen und willkürfreundlichen Kriterien dieses Gesetzes festmacht.

Nach dem zukünftigen 31 soll die Behörde auf Antrag feststellen müssen, ob die Person in Schubhaft in einem bestimmten Staat bedroht ist. Diese Möglichkeit existiert aber nur für Menschen in Sicherungshaft (nämlich der Durchführung eines Aufenthaltsverbotes) oder Abschiebungshaft befinden, nicht für Personen in Zurückschiebungshaft- oder Durchbeförderungshaft.

Mit den 36 und 43, die die Verarbeitung von personenbezogenen Daten regeln, wird das polizeiliche Datenerfassungssystem EKIS auf den fremdenpolizeilichen Bereich ausgeweitet. Datenaustausch und Zusammenarbeit mit anderen Staaten werden ausdrücklich einbezogen; die Integration ins Schengen Informations System damit nur mehr eine Zeitfrage. ●

# Asylpolitik?

## Beschäftigung billiger ausländischer Fachkräfte!

(TATblatt-Wien)

Die seit Jahren geltende Leitlinie der Flüchtlingspolitik des "Asylslands Österreich", möglichst wenigen Flüchtlingen auch formal Asylstatus zu gewähren, um Wartende und Abgelehnte zur Weiterwanderung drängen oder auch "außer Landes schaffen" zu können und dadurch die Kosten zu minimieren, ist seit den Gesetzesnovellen zum "Fremdenrecht" vom Frühjahr und Sommer 1990 in verschärfter Form wirksam. (Immer absurdere Auslegungskunststücke in Bezug auf Genfer Konvention und Asylgesetz sind eine der Grundlagen des angestiegenen Prozentsatzes der Ablehnungen von Asylanträgen.) Koalitionsparteien und Sozialpartner einigten sich nämlich im Frühjahr nach monatelangen Streitigkeiten darauf, offenbar nach dem Vorbild des neuen Ausländergesetzes der BRD, schon länger hier lebenden "Gast"arbeiterInnen einige propagandistisch verwertbare Verbesserungen ihres

letztklassigen rechtlichen Status zu genehmigen (Die Novelle zum Ausländerbeschäftigungsgesetz ermöglicht angeblich eine "Integrationspolitik".) Der verstärkte Neuzuzug vor allem aus Osteuropa jedoch, dessen weiteres Anwachsen zu erwarten ist, soll, so der naiv dumm-dreiste Plan, durch administrative und fremdenpolizeiliche Maßnahmen auf jenes Minimum beschränkt bleiben, das für die österreichische Wirtschaft wünschenswert und profitabel ist und den Staat vor etwaigen neuen Anforderungen, wie Erhöhung der Sozialleistungen, Wohnungsnot oder DolmetscherInnenmangel rettet. Die bedauernde Fremdenpolizei mußte bereits wegen Personalmangels und Arbeitsüberlastung streiken! Es kann vermutet werden, daß auch der Bundesheereinsatz als Beitrag zu einem neu gestylten Europa schon damals in Regierungskreisen im Gespräch war. Die Wahlkampfstrategen mußten dann allerdings darum wetteifern, wie der rassistische

Bodensatz unter den WählerInnen am besten für die eigene Partei zu gewinnen sei und übertrafen einander dabei in ganz grauslicher AusländerInnenfeindlichkeit ("Kriminaltouristen", "Wirtschaftsflüchtlinge", "Tachinierer und Taschendiebe", etc.). Die Novellen zum Grenzkontroll-, Fremdenpolizei-, Paß- und Asylgesetz vom Frühjahr 1990 gehen in die gleiche Richtung: Hoch und scheinheilig war in der Öffentlichkeit versprochen worden, daß AsylwerberInnen von all den Verschärfungen ausgenommen und nicht betroffen seien; die Praxis seither beweist das Gegenteil: Massenweise Rückweisungen von Flüchtlingen an den Grenzen und am Flughafen Schwechat oder z.B. die Ablehnung der Asylanträge vieler Flüchtlinge aus Rumänien in erster und in zweiter Instanz binnen Monatsfrist nach Einreise und dann sofortige Ausstellung von Ausweisungsbescheiden — nach den erst seit dem Frühjahr geltenden Scharfmacherparagrafen — Berufung dagegen bleibt ohne aufschiebende Wirkung.

Ein neues Fremdenpolizeigesetz, welches wieder die alten Schweinereien enthält, aber auch viele Verschärfungen (weitgehend im Stil des Entwurfs zum Sicherheitspolizeigesetz), konnte vor kurzem den Ministerrat vorläufig nicht passieren, da es jegliche Menschenrechtsdeklarationen und -deklamationen allzu offensichtlich verhöhnt: Die Grenzkontrollorgane sollten danach in Ausübung rassistischer Willkür "Fremden" die Einreise verwehren können, und zwar auf Grund des bloßen Verdachtes, diese strebten Schwarzarbeit oder Ordnungsstörung etc. an!

Völlig logisch dieser von langer Hand vorbereiteten Polizeistaatlinie gegen AusländerInnen entspricht dann Löschnaks Ankündigung von Anfang Oktober, den Großteil der 11 038 AsylwerberInnen aus Rumänien in ihr chaotisch-zerrüttetes Heimatland zwangsdeportieren zu wollen, nachdem er sich mit dem rumänischen Innenminister getroffen und dieser ihm das Ende jeglicher Repression in Rumänien offiziell versprochen hatte, er, der kurz zuvor noch mit großem Interesse die Bewaffnung der österreichischen Exekutive bewundert hatte — ein entlarvender Vorgang, der fatal an Kovarniks vertrauensvolle Erkundigungen im Innenministerium in Ankara zum Thema Kurdenverfolgung (solche dortamts unbekannt) erinnert. Bald darauf waren aber in allen Zeitungen einschlägige Details über politische Repression und Gewalttaten gegen ethnische Minderheiten in Rumänien zu lesen. Die Internationale Helsinki-Föderation für Menschenrechte berichtete über Pogrome gegen Roma ("Zigeuner") in mindestens sechs Dörfern, die noch im Oktober und November 1990 stattfanden.

Nach massiven Protesten von katholischen Amtsträgern, kleinen und großen Bürgermeistern, einzelnen Politikern aus

### Protest gegen die Deportationspolitik der Bundesregierung

(TATblatt-Wien)

Gegen die geplante Massenabschiebung von rumänischen AsylwerberInnen kam es wiederholt zu Protesten. So auch während einer Tagung der SPÖ, auf der vergangenes Wochenende "von multikulturellen Chancen und Konflikten" geredet werden sollte (siehe dazu auch die Fotos auf dieser Seite). Wir dokumentieren an dieser Stelle das Flugblatt der Störerinnen und Störer — nicht weil wir noch von der Existenz irgendwelcher Linker in der SPÖ träumen, sondern weil hier die Verlogenheit der Regierungspolitik auf den Punkt gebracht wird.

### An die Linken in der SPÖ

Liebe Genossinnen und Genossen!

In den vergangenen Monaten erlebte Österreich eine beispiellose Verschärfung der Ausländerpolitik und Gesetzgebung. Verantwortlich dafür ist ein SP-Minister und eine Regierung unter einem SP-Kanzler, der heute die Stirn hat diese Veranstaltung zu eröffnen.

Zur Erinnerung:

- Im März peitschte die Koalitionsregierung trotz heftiger Proteste eine Novelle zum Fremdenpolizei-, Paß- und Asylgesetz durch.

- Im September bat Löschnak seine Kollegen Lichal um Beistand bei der Sicherung der österreichischen Grenzen gegen Flüchtlinge.

Damit wurde nicht nur vielen schutzsuchenden Menschen die Möglichkeit genommen, in Österreich Zuflucht zu finden, sondern auch den SP-internen Bundesheergegnern das Maul gestopft. Von Bundesheer light, geschweige denn Bundesheer abschaffen hört man in den festgeschlossenen Reihen der SPÖ seither nichts.

- Schließlich plant seit Oktober der Innenminister in Übereinstimmung mit der gesamten Regierung die Deportation von 7000 rumänischen Asylwerbern. Von den vehementen Protesten in die Enge getrieben, warten die SP-Minister mit einer weiteren, kaum weniger menschenverachtenden Variante der Problemlösung auf: Wer für die hiesige Wirtschaft von Nutzen ist, darf bleiben, unverwertbares Menschenmaterial wird zurückgeschickt.

Bei der heutigen Veranstaltung sollen Ängste und Konflikte benannt, Problemlösungen entwickelt werden. Das gerade von einer Partei, die für die Ängste der Asylwerber, die Zuspitzung rassistisch mitvierter Konflikt und die Ignoranz gegenüber den Problemen von Flüchtlingen und Asylwerbern zu einem Gutteil verantwortlich ist. Wiedereinmal soll die "Linke" innerhalb der

Partei als Feigenblatt dienen. Als Feigenblatt, das die von einer unheilbaren Krankheit befallenen Partei-Spitzen verdecken soll. Die Krankheit hat einen Namen: Rassismus. Dieser ist mitschneiden "der Januskopf der multikulturellen Gesellschaft", sondern die Fratze eines von Verteilungskämpfen gebeutelten Kapitalismus.

Mit dem Argument, die ÖVP wolle aus der Rumänen-Deportation politisches Kleingeld schlagen, wird die Partei zur Geschlossenheit vergattert. Aus Angst vor einer Rechts-Koalition kuschen die "Linken" in der SP, ohne zu sehen, daß ihre Partei-Granden heute das säen, was Haider bei der nächsten Wahl ernten wird.

Ein sozialistischer Minister plant Menschen in plombierten Waggons zu deportieren!!

Die zynische Verwertungslogik des Kapitals ist unter der Ägide der SPÖ zur Grundlage der österreichischen Asylpolitik geworden!!

Was muß noch passieren, daß die "Linken" in der SPÖ aus der Politik ihrer Führungsgarde die Konsequenzen ziehen und dieser Partei den Rücken kehren?

**Beteiligt Euch nicht an der menschenverachtenden SP-Politik!!**

**Rücktritt von Innenminister Löschnak!**

**Sofortige Entlassung aller in Schubhaft festgehaltenen Asylsuchenden!**

**Ausgliederung des Asylwesens aus der Zuständigkeit von Innenministerium und Polizei!**

**Rücknahme der rassistischen Gesetzesnovellen!**

**Tretet aus der SPÖ aus!!**

Impressum: Asylkomitee und Expedition auf der Suche nach linken Resten in der SPÖ, Stiftgasse 7, 1070 Wien ●

SP und VP — sogar Mock, der im Ministerrat dem Deportationsplan noch zugestimmt hatte, war plötzlich dagegen — und einer bisher beispiellosen Sympathiewelle für die "armen Teufel aus Rumänien" in allen Medien griffen viele kleine Alltagsfaschos zum Telefonhörer, um zu drohen und verbal zu vergasen. FP-Vertreter waren begeistert, Löschnak, der ihnen noch nicht grausam genug vorgeht, vor großem Publikum angreifen zu können und fordern seither totalen Einwanderungsstopp.

Der konservative Kirchenmann und Caritas-Chef Schüller hatte in seiner ersten Empörung sogar unerwartet klare Worte gefunden:

"Ich sehe nicht ein, warum diese Menschen jetzt weggeschickt werden sollten. Warum kann man nicht warten, bis die Menschenrechtssituation in Rumänien wirklich klar ist. ... Heute Präsenzdiener als Grenzschutz, morgen Stacheldraht, übermorgen Wachtürme — das wäre die logische Folge der herrschenden Mentalität." Bischof Kuntner bot sogar Asyl in den Kirchen an, nähere Erkundigungen ergaben jedoch, daß es bisher keinerlei konkrete Vorbereitungen in diese Richtung gibt — vielleicht wird die Kirche aber noch von günstigsten Flüchtlingen dazu gebracht werden, sie beim Widerstand gegen die deportierende staatliche Zwangsgewalt zu unterstützen.

Staberl und die FP attackierten daraufhin die an und für sich vielleicht nicht in völliger Gewissensreinheit erstrahlenden Pfaffen mit Mitteln billigster Polemik, die VPLer mußten die Kirche dann in kabarettreife Auftritte verteidigen.

Aus linkskatholischen, liberalen und linksradikalen Kreisen gab's ausnahmsweise sogar gegenseitige Unterstützung auf der Straße: eine Mahnwache, eine Demo (400-500 TeilnehmerInnen) und einige kleinere Kundgebungen — in einer solchen Situation, die Auflehnung dringlichst erfordert, sind derartige Bündnisse der politischen Praxis nur begrüßenswert — ja die Straßenproteste waren noch viel zu schwach und gingen angesichts des sonstigen Staats- und Medientheaters fast völlig unter.

Auf Transparenten, in Protestbriefen und in einem Profilinserat mit vielen Unterschriften schämte mensch sich allerdings für Österreich und dessen Beitrag zum "Neuen Europa", statt sich von beidem zu distanzieren.

Da zu viele peinliche Details bekannt geworden waren — Weigerung der AUA, Menschen gegen ihren Willen zwangsweise zu "repatriieren", plombierte Busse und dgl. — setzte, wie immer in solchen Situationen, von oben her eine Desinformationskampagne ein, die die Verantwortlichen als geradezu bemitleidenswert erscheinen ließ: VP-Riegler und Löschnak selbst versuchten gar den Eindruck zu erwecken, daß die geplanten Abschiebungen durch geltende Gesetze vorgeschrieben und somit deren Exekution unausweichliche Dienstpflicht(-erfüllung) des Innenministers sei. Eine freche Lüge! Sogar der Kurier konnte nicht mehr anders, als Löschnak durch 3 treffende Karikaturen zu demütigen. Vranz.

nimmt ihn aber machtvoll in Schutz. Definitionsübungen zu Begriffen wie "Deportation", "Flüchtling", "Einwanderer", ... verdichten den Gedankennebel — Die Behörde wollte dabei ihre Definitionsgewalt per Bescheid auch den Kritikern ins Gehirn schreiben: "Anerkannter Flüchtling" oder nicht. Die tatsächlichen Verhältnisse in Rumänien sollten dabei lieber unter den Tisch fallen.

Aus 12.000 RumänInnen (in Bundesbetreuung) waren bald 7.500, dann 1.200 geworden, die zur Abschiebung freigegeben seien — Zahlen, die das Innenministerium täglich durch Ausdruck von neuen Bescheiden je nach Bedarf verändern kann. Und schließlich vernahm mensch noch Löschnaks Zynismus zum Quadrat (mindestens), daß erst durch seine entschlossenen Abschiebungsvorbereitungen die fehlende Hilfsbereitschaft geweckt worden sei. Zuletzt waren dann laut Lö.& Vranz nur noch die 60 "kriminellen" Rumänen unmittelbar abschubreif (was aber doch bitte auf keinen Fall erlaubt, den beiden Staatsdienern AusländerInnenfeindlichkeit zu unterstellen). Nebenbei bemerkt, wurde eigentlich je überprüft, ob bei den Schubhäftlingen überhaupt rechtskräftige Verurteilungen (wenn schon, vielleicht sind's nur Bagatelleten) oder etwa nur Polizeivorwürfe vorliegen?

Wegen der "ziemlich aufgeheizten Stimmung" und "weil wir nicht wollen, daß Fotos von Rumänen, die sich gegen den Abtransport wehren, um die Welt gehen", warte man im Innenministerium mit dem Abschub der bösen in Schubhaft sitzenden "Kriminellen" noch ab, doch alle Politiker setzten sich mittlerweile einmütig und mit großem Eifer für deren Deportation ein. Es handelt sich übrigens bisher in Wahrheit um nur 16 Personen — Löschnak und seine Beamten hatten wieder einmal gelogen — die AUA hätte aber, wie Matzka gegenüber dem Profil zugab, gleich 137 Flüchtlinge nach Rumänien abtransportieren sollen, verweigerte aber die erbetenen Komplizendienste. Die Zahl 137 paßt auch gut zu den Augenzeugenberichten aus Traiskirchen, daß ca. 100 Flüchtlinge in Handschellen mit zwei Bussen abtransportiert worden waren. Im Verlauf dieses Zwangstransportes hatte es auch zwei Selbstmordversuche gegeben, die das Innenministerium zu vertuschen versuchte.

Die Befriedungsstrategie der Herrschenden gipfelte schließlich in einer eilig vergatterten Gipfelkonferenz verwirrter Sozialpartnervertreter, durch die der Eindruck erweckt werden sollte, daß alles nur halbso schlimm und "nur" mehr oder weniger auf ein Versagen der Landesregierungen und -hauptleute und auf die unfähigen Bürokraten der Arbeitsmarktverwaltung zurückzuführen sei. Die Medien gaben daraufhin prompt Entwarnung, obwohl nach wie vor die "schrittweise Abschiebung" der Nicht-Vermittelbaren, bzw. der Flüchtlinge ohne berufliche Qualifikation geplant ist. Das heißt also für die Betroffenen, entweder den verhängten Arbeitszwang zu akzeptieren und jede angebotene Stellen annehmen zu müssen oder abgeschoben zu wer-

den.

Ähnlich wie die Ankündigung vom Frühjahr, hunderte rumänische Flüchtlinge in der kleinen Ortschaft Kaisersteinbruch einquartieren zu wollen, wirken auch die jetzigen Manöver wie ein abgekartetes Spiel, wie ein orientalischer Handel, bei dem ohne Proteste ein weit überhöhter Preis zu zahlen ist, sonst aber das Verhandlungsergebnis zählt — doch anders als in diesem Vergleich geht es um Menschenschicksale und auch darum, ob wir bereit sind, den Kopf in den Sand zu stecken oder nicht.

Abschiebungsgefahr besteht weiterhin, Entwarnung wäre erst dann angebracht und zu verantworten, wenn kein Flüchtling mehr in Schubhaft sitzt, wenn entweder die Asylanträge aller Flüchtlinge positiv abgeschlossen oder zumindest Bescheide über ihre Aufenthaltsberechtigung ausgestellt sind, was voraussetzt, daß erst einmal alle bereits ausgestellten Ausweisungsbescheide behördlich zurückgezogen werden und wenn außerdem Beschäftigungsbewilligungen für alle Flüchtlinge vorliegen.

Auch dieser Forderungslindwurm ist Folge einer Rechtslage, die AusländerInnen zu Menschen zweiter Klasse macht, die jederzeit, auch nach Erfüllung obiger Forderungen, Behördenwillkür aller Art ausgesetzt sind.

Übrigens sind nicht nur RumänInnen von behördlicher Zwangsgewalt und von der Vorenthaltung des Asylrechts betroffen — z.B. werden am Flughafen Schwechat jeden Samstag Flüchtlinge aus dem Iran daran gehindert die Linienmaschine aus Teheran zu verlassen; für Flüchtlinge aus der Türkei und aus Kurdistan stellen Visumpflicht, Bundesheer und rechtswidrige Nichtannahme ihrer Asylgesuche (z.B. an der Grenze) praktisch unüberwindbare Hindernisse dar. Wenn die Entwicklung der "Asylpolitik" so weitergeht, und das ist im Falle der Durchsetzung der derzeit geplanten Abschiebungen zu befürchten, wird es bald keine Anerkennung von Flüchtlingen aus außereuropäischen Diktaturen und Folterländern mehr geben oder nur alibihafter in geringer Zahl.

Unsere Bereitschaft, Widerstand gegen diese menschenverachtende Politik zu leisten, darf gerade jetzt nicht nachlassen, denn damit rechnen jene schon, die Flugzeuge für Massendeportationen chartern bzw. Busse und Eisenbahnwaggons dafür präparieren lassen. Sie wollen, daß wir uns schön langsam daran gewöhnen, ihre Kommandogewalt über entrechtete und eingeschüchterte Nicht-StaatsbürgerInnen, die sich meist selbst nicht wirksam zur Wehr setzen können, als Normalzustand hinzunehmen.

Um weitere Proteste zu organisieren und den Aufbau eines breiteren Widerstands zu planen, kommen die VertreterInnen einiger Gruppen und hoffentlich auch viele TATblattleserInnen zu einem KOORDINATIONSTREFFEN am Freitag, den 7.12.1990 um 19 Uhr ins Amerlinghaus, 1070 Wien, Stiftgasse 8.

Wer nicht kommen kann oder will, sollte eigenständig Protest und Widerstandsbereitschaft zum Ausdruck bringen! ●

## Leobersdorf (Niederösterreich)

# Häuserräumung in ArbeiterInnensiedlung

In der ArbeiterInnensiedlung Leobersdorf bahnt sich eine Katastrophe an. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß das Haus Südbahnstraße 45-47 in einer Ho-Ruck-Aktion geräumt und abgerissen werden soll.

(MieterInneninteressensgemeinschaft [MIG], gekürzt)

Die Vorgänge um die ArbeiterInnen-siedlung Leobersdorf sind spätestens seit der "Argumente"-Sendung am 21.12.1986 (!) einer breiten Öffentlichkeit bekannt. Für die BewohnerInnen des Hauses Südbahnstr. 45-47 spitzt sich die Lage nunmehr dramatisch zu. Betroffen sind etwa hundert Menschen, von Kleinkindern bis zu PensionistInnen.

Nachdem von den jeweiligen Vorbesitzern seit Jahrzehnten keine Reparatur- und Erhaltungsarbeiten an dem Haus vorge-

nommen wurden, kam es Anfang der Achtziger Jahre in den Besitz der Kottlingbrunner Baufirma IBH (Immobilien-, Bau- und Handelsgesellschaft). Obwohl damals bereits an der Erhaltungswürdigkeit des Hauses gezweifelt werden mußte, da die wirtschaftliche Abbruchreife mit Sicherheit schon gegeben war, ging man daran, KaufinteressentInnen für die Wohnungen zu suchen.

Die Vorgangsweise war immer die selbe: Man ließ die Wohnungssuchenden sogenannte "Kaufanbote" unterschreiben, lockte ihnen z.T. recht namhafte Einmalzahlun-

gen heraus, und vereinbarte "Rückzahlungsraten", deren Höhe sich offensichtlich an den finanziellen Möglichkeiten der Betroffenen orientierte. Wer diese Kaufanbote aufmerksam durchliest, kommt rasch dahinter, daß die IBH nicht das geringste Interesse daran hatte, die Wohnungen jemals in den Besitz ihrer Opfer zu übertragen und daß diese Vorgangsweise nur gewählt wurde, überhöhte Zahlungen entgegenzunehmen und die Bestimmungen des Mietrechtsgesetzes zu umgehen.

Die von den neuen Hauseigentümern, der Gesellschaft für Wassertechnik (GWT), beauftragte Hausverwaltung Jurai in Baden, legte kürzlich ein baumeisterliches Gutachten vor, das dem Aufenthalt an der Hofseite des Hauses Lebensbedrohlichkeit attestiert. Der Leobersdorfer Bürgermeister Gobec besichtigte vor etwa zwei Wochen persönlich das Haus und kam zu dem Schluß, daß die Zustände in dem Haus vielfältige Gefährdungen für Leib und Leben der BewohnerInnen darstellen. Er werde in den nächsten Tagen den Abbruchbescheid erlassen.

Als die "Argumente"-Sendung am 22.8.1990 wieder über Leobersdorf berichtete, mit der traurigen Erkenntnis, daß nichts, absolut nichts geschehen war um den Betroffenen zu helfen (trotz Zusagen von Verantwortlichen, u.a. des damaligen Bauministers Übleis), bequeme BM Gobec sich immerhin zu der Aussage, er würde sich bemühen, daß alle Bewohner österreichischer Staatsbürgerschaft Ersatzwohnungen (wie es das Gesetz ohnehin vorschreibt) bekämen. Eine Perfidie angesichts der Tatsache, daß in dem jetzt akut von zwangsweiser Räumung und Abbruch bedrohten Haus ausschließlich türkische und jugoslawische GastarbeiterInnen mit ihren Familien wohnen.

## Hooligan-Terror in Linz

(TATblatt-Linz)

Am 1. September 1990 wurde in der Linzer Altstadt ein Polizist von drei Hooligans mit Fußtritten totgeprügelt.

Der Hauptangeklagte Thomas FELLHOFER (18) sitzt wegen Mordverdacht in U-Haft, die beiden Mittäter Martin STRBAC (18) und Herbert EICHLER (28) wurden wegen Körperverletzung und Inmischlassens eines Verletzten auf freiem Fuß angezeigt.

Diese Aktion bildete den Anlaß einer Polizeirepression, deren Härte jedoch nur im geringen Ausmaß Hooligans und deren Sympathisantenkreis treffen sollte. Gestärkt durch rechtslastige Richter und deren Urteilsprüche haben die Hools mit vermehrten Schlägereien ein gewisses Ausmaß an Angst in der Bevölkerung ausgelöst.

In ihrer Szene angesehen ist nur, wer Linke und AusländerInnen prügelt. Einzelnen auflauern und sie dann bei numerischer Überlegenheit niederzuprügeln, ist ihre Stärke und gehört beinahe schon zum Alltag in Linz. Die Narrenfreiheit der Hooligans bei der Justiz beweist einmal mehr einer ihrer Anführer, Kurt SCHWAIGER. Trotz Vorstrafen wegen Raubs, Körperverletzung und Sachbeschädigung entgeht er nach neuerlichen Vergehen immer wieder der U-Haft.

So konnte er z.B. am 3. Juli 1990 mit drei Freunden am Linzer Hauptplatz ungehindert einen Antifaschisten niederprügeln, um ihm zuletzt mit beiden Füßen gleichzeitig mehrmals auf den Kopf zu springen. Trotz Einlieferung des Verletzten ins Krankenhaus und Anwesenheit mehrerer Zeuginnen, ist bis heute keinerlei Reaktion von Seiten der Polizei gekommen. Als "ausgeli-

chende Gerechtigkeit" erhielt ein Punk, der sich lediglich gegen die Angriffe der Faschos wehrte, eine Anzeige wegen Störung der Ordnung in Höhe von über ÖS 1.000,—.

Erste Reaktionen zu einem Vorfall in der Linzer Stadtwerkstatt seitens der Polizei konnten bereits registriert werden. Zeugenladungen wurden verschickt. Ein Hoch auf "unsere" Polizei!!! Am 22. September 1990 wurden bei einer Dancefloor-Disco mehreren Hools der Eintritt in die Stadtwerkstatt gewährt! Begründung war, daß niemanden aufgrund seiner/ihrer Ideologie der Einlaß verwehrt wird (Die Werkstatt ist eben auch nicht mehr das, was sie einmal war!!!). Der bereits genannte Kurt SCHWAIGER zerschneit mit einer zerschlagenen Bierflasche einem Punk das Gesicht und versuchte auch, ihm mit dem Finger das Aug herauszukratzen. Lediglich ein Punk eilte zu Hilfe, die anderen Gäste standen tatenlos daneben, bzw. setzten ungerührt ihre Tanzsession fort. Der Verletzte wurde ins Krankenhaus eingeliefert und mußte genäht werden. Die Hools konnten entkommen.

Die Folgen der vermehrten Polizeikontrollen bekommen vor allem linke Gruppen zu spüren. "Ihr seid einfach leichter zu erkennen als die Hooligans".

Tägliche Ausweis — und Taschenkontrollen sowie Hausbesuche zwischen fünf und sechs Uhr in der Früh sind Teil ihrer verstärkten Überwachung — allerdings gegen die falschen Leute.

Die Medienhetze gipfelt in folgendem Artikel der Kronen Zeitung vom 8. September 1990, der wir wirklich nichts mehr hinzufügen wollen und können. •

**Wir haben deshalb geplant, uns gemeinsam mit den Betroffenen am Freitag, den 7.12.90 um 15 Uhr vor dem Haus in Leobersdorf zu versammeln und einen Marsch zum Rathaus zu veranstalten. Dort soll dem Bürgermeister eine Petition überreicht werden.**

*Antifaschistische Grüße aus Linz*

# Wien/Donaupark EXPO-Aushub beginnt!

Mit größter Wahrscheinlichkeit wurde am Montag, dem 3. Dezember, mit dem Aushub der ehemaligen Mülldeponie Donaupark begonnen. Diese Arbeiten sind eine unbedingte Voraussetzung für die geplante EXPO-Bebauung. Widerstandsaktionen sind geplant. Für Sonntag, den 9. Dezember ist ein Widerstandsfest zum Kennenlernen des Gebietes geplant. Beginn 14 Uhr vor der Eissporthalle im Donaupark (U1-Station Kaisermühlen-VIC).

(TATblatt-Wien)

Obwohl derzeit alles darauf hindeutet, daß die EXPO in der geplanten Form nicht stattfinden wird, beginnt nun ein neuer großer Abschnitt der Vorarbeiten. Denn: Auch wenn die gemeinsame Weltausstellung Wien-Budapest nicht stattfinden sollte, und selbst wenn die erwogenen Ersatzkonzepte (zB alleinige Weltausstellung in Wien im Jahre 1996 anlässlich der tausendsten Wiederkehr der ersten urkundlichen Erwähnung Österreichs) scheitern sollten: die mit der EXPO-Planung eng verknüpft gewesenen Wahnsinnprojekte „Wien an die Donau“, der Bau einer zweiten Wiener City an der Donau, die Umstrukturierungen an den sogenannten städtebaulichen Entwicklungsachsen im 2., 20., und 22. Bezirk (siehe TATblatt minus 72), sollen trotzdem durchgezogen werden.

Dementsprechend sollen auch die Teile des Donauparks verbaut werden, die laut Gemeinde Wien gar nicht mehr zum Donaupark dazugehören — aber das ist jetzt eine Namensstreiterei —, welche als eigentliches Ausstellungsgebiet genutzt hätten werden sollen. Das, was nach der EXPO für die sogenannten Nachnutzung überbleiben hätte sollen, soll nun eventuell ohne die sogenannte Hauptnutzung gebaut werden. Und entgegen Beteuerungen aus grauer Vergangenheit (so etwa Frühjahr 1990), werden es nun doch Hochhäuser sein, die einen städtebaulichen Akzent in diesen donanahen Entwicklungsraum bei der Uno-City setzen sollen.

Vorwürfe, daß bei einer Bebauung des Donauparks Natur zerstört würde, wies Finanzstadtrat Mayr bei einer Podiumsdiskussion im Haus der Begegnung Donaustadt am 30. November zurück. Der Donaupark sei von Menschenhand geschaffen, so wie überhaupt die ganze Donau im Wiener Raum. Die Donau werde, so Mayr, durch geplante Bauvorhaben, wie zB das Donaukraftwerk Freudenu, das nun wahrscheinlich doch auch bis zur EXPO durchgezogen werden soll, eigentlich bloß repariert. „Die Staustufe macht in weiten Bereichen rückgängig, was die Donauregulierung gemacht hat.“, so Mayr wörtlich.

## Doch zurück zum Donaupark: DIE DEPONIE

Die Mülldeponie unter dem Donaupark existiert schon seit der Monarchie. Was dort im Laufe der Jahrzehnte alles abgelagert wurde, ist heute nicht mehr im geringsten eruierbar. In den 60er Jahren wurde die

Deponie geschlossen und zugeschüttet. Heute stellt sie einen Teil des Donauparks dar. Weitgehend unbestritten ist die Tatsache, daß die Deponie dringend sanierungsbedürftig ist. Eine Öffnung der Deponie und der Abtransport von Teilen ihres Inhaltes stellt aber die schlechteste aller möglichen Möglichkeiten dar, und ist darüberhinaus überaus gefährlich. Schließlich bilden sich auf solchen Deponien verschiedenartigste giftige und mitunter explosive Deponiegase (vergleiche auch TATblatt minus 64). Um geplante Tiefbauten, wie beispielsweise Tiefgaragen, zu ermöglichen, muß der Müll allerdings weg. Obendrein und überhaupt geht es freilich ums Geld. Wie das vom Wiener Gemeinderat beschlossene Leitprogramm unmißverständlich verrät: „Um die Diskussion allenfalls mit einer Deponie zusammenhängender Wertminderungsfragen von vornherein auszuschließen [...] ist bei Planungen von einer Entfernung dieser Deponie im Kernbereich auszugehen...“

700 000m<sup>3</sup> des Inhaltes der Deponie sollen in den nächsten 6 bis 7 Monaten abtransportiert werden. Aufgrund von AnrainerInnenprotesten wurden dafür sogar Alternativen zum LKW-Transport erwogen. Die naiv anmutenden Alibi-Ideen, wie zB ein riesiges Förderband entlang der Donau, wurden aber schließlich verworfen. Der Transport mit LKWs ist nun fix. An den betreffenden Transportrouten ist mit 2 LKW-Fahren pro Stunde zu rechnen, so Finanzstadtrat Mayr bei der Podiumsdiskussion in der Donaustadt. Anwesende UmweltexpertInnen kamen bei ihren Rechnungen auf die geringfügig höhere Zahl von 20 Fahren (=40 Fahrten, da die LKWs ja zwecks Wiederverwendung auch wieder zurückfahren müssen).

Der gesamte abtransportierte Müll soll zu 50% (und zwar jene Teile, die angeblich nicht giftig sein sollen) auf die Deponie Wienerberg in Wien-Favoriten, worauf anschließend ein Golf-Platz errichtet werden soll.

Der giftige Teil sollte zunächst in die Deponie Rautenweg (zwischen Kagran und Breitenlee) kommen. Der Bezirksrat des 22. Bezirkes hatte jedoch schon am 28. Juni einstimmig beschlossen, die Stadt Wien aufzufordern, dies doch bitte nicht zu tun. Diesem Wunsch wurde überraschender Weise sogar Folge geleistet. Die verbleibenden 50% kommen nun zu gleichen Teilen auf

zwei Deponien die in einer astronomischen Entfernung von sage und schreibe mehreren hundert Metern vom Rautenweg entfernt liegen: Spitzau und Langes Feld.

Der Transport zur Deponie am Wienerberg soll laut Stadtrat Mayr durchgehend Tag und Nacht über die Südosttangente erfolgen. Pausen gibt es nur zu den Verkehrsspitzen, um kein Verkehrshindernis darzustellen. Über den Transport zu den anderen Deponien gab er keine Auskünfte.

Laut Stadtrat Mayr soll mit dem Beginn des Aushubes sobald wie möglich begonnen werden. Ausständig ist nurmehr die Genehmigung dazu. Auf Gerüchte angesprochen, daß der Aushub bereits am 3. Dezember beginnen solle, meinte Mayr nur, daß bis jetzt keine Genehmigung vorliege. Sollte diese aber bis zum 3. Dezember kommen, werde am 3. Dezember begonnen.

Auf Grund von glaubwürdigen Informationen aus informierten Kreisen gilt der 3. Dezember-Termin aber als weitgehend sicheres Datum für den Aushubbeginn.

Demzufolge ist auch ab sofort mit Widerstandshandlungen zu rechnen. Die große Blockade, wie auch wir sie erträumt haben, wird es aber wohl vorerst nicht geben. Dennoch soll aber ab sofort darauf hingearbeitet werden.

**Am Sonntag, den 9. Dezember um 14 Uhr beginnt vor der Eissporthalle im Donaupark ein „Widerstandsfest“ der örtlichen BürgerInneninitiative „Donau(ALP)traum“.** Ziel dieses Festes ist es, einerseits die anrainende Bevölkerung zu mobilisieren, andererseits, das Gelände gemeinsam kennenzulernen. Da zu diesem Zeitpunkt die Arbeiten wahrscheinlich bereits begonnen haben, kann vielleicht auch schon mal gemeinsam die Baustelle inspiziert werden.  
**Also: unbedingt hinkommen!**

(Dieses „Fest“ findet auch dann statt, wenn die Arbeiten, wider Erwarten, noch nicht begonnen haben!)

# um einen Nachmittag gelinkt

Nachruf an 1½ am 24. November sinnlos dahingeschiedene Stunden.

Ort des Geschehens: U4 Kettenbrückengasse.

Die Linken verplemperten ihre Zeit, die Polizisten bekamen bezahlte Überstunden.

(2 Leute)

“Wenn Du in der Scheiße grabst, findest Du sicher unsern Papst”. Solche und ähnliche Transparente mußten wir anlässlich der Solidaritäts-Demo mit den Berliner Hausbesetzern leider missen. Sie hätten zwar mit dem Thema reichlich wenig zu tun gehabt, uns aber wenigstens ein Lächeln entlockt. So gab es an jenem Samstag Nachmittag eigentlich nichts zu lachen.

Erste Zweifel regten sich bereits bei der Ankunft am Treffpunkt, wo es dem sogenannten Demonstrationzug inmitten der zahlreichen Flohmarktbesucher schwerfiel, sich als solcher zu deklarieren. Man/frau kam über lockere Plaudereien mit alten oder vielleicht neuen Bekannten nicht hinaus, Solidaritätsgefühl mit den von der gesamtdeutschen Polizei unter Verwendung von Wasserwerfern, Tränengas und Gummigeschoßen vertriebenen, verhafteten und mißhandelten Berliner Hausbesetzern wollte sich nicht so recht einstellen. Information fand so gut wie gar nicht statt - lediglich die auf dem Flugblatt ohnehin abgedruckte “Erklärung des BesetzerInnenrats” wurde verlesen. Schön langsam sickerte zuguterletzt noch die Nachricht durch, daß man/frau wohl bis 16 Uhr warten müssen, dann erst würde sich die Demo in

Bewegung setzen. Einige Leute waren nämlich am Vortag so klug gewesen, die Beginnzeit falsch anzukündigen, womit das Chaos nunmehr perfekt war.

“Na schön, für einen guten Zweck kann man/frau sich schon mal den Arsch abfrieren”, dachte das DemonstrantInnenhäuflein bei sich, stets die deutsche Botschaft vor Augen, deren Diplomaten man/frau schließlich im Laufe des Tages noch die peinliche, selbstentlarvende Zornesröte ins Gesicht treiben wollte. Aber nebbich! Es war ja Samstag Nachmittag. Daß die Botschaft natürlich zu diesem Zeitpunkt völlig menschenleer war - vielleicht hätten wir's am Freudenaue Golfplatz versuchen sollen - war von den OrganisatorInnen offensichtlich nicht beachtet worden; das Ziel des geplanten Zuges hieß plötzlich Karlsplatz (was ich übrigens ohne penetrantes Nachfragen nie erfahren hätte). Der Gipfel der Ernüchterung folgte um 16 Uhr 10, als die “Demonstrationsleitung” dem spärlichen Rest der AktivistInnen die endgültige Absage bekanntgab.

So weit so schlecht. Was aber noch viel frustrierender war, als der mißglückte Ablauf der Aktion und die gewohnt niedrige Anzahl der TeilnehmerInnen, war die Einstellung einiger DemonstrantInnen, die

Meldungen schoben wie: “Nein, zur Botschaft will ich nicht gehen, weil da im dritten Bezirk ist es irgendwie so ruhig, so ungut und überhaupt. Gehn wir lieber nur zum Karlsplatz”.

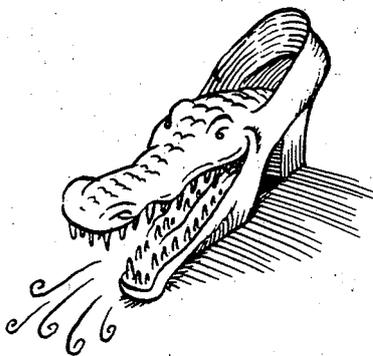
Ich frage mich: Was kann unter den sogenannten linken Kräften noch Energie und Wut freisetzen, wenn nicht das unfaßbare Vorgehen des neuen großkapitalistischen Gesamtdeutschland gegen jene Menschen, die desolate leerstehende Häuser wiederherstellen und benutzen wollen. Jahrelang war es am Prenzlauer Berg möglich, Wohnungen zu besetzen, einzurichten und schließlich von der DDR-Regierung einen billigen Mietvertrag zu erhalten. Nun gilt seit 24. Juli die “Berliner Linie”: Brutalster Polizeieinsatz, Kriminalisierung und Verfolgung der HausbesetzerInnen. Zynischer Höhepunkt der Tatsachenverdrehung: Die okkupierten Gebäude werden “Altlasten des Kommunismus” genannt, die es zu beiseitigen gälte. Miese Vorwän-

de werden also zur Zerschlagung linker Bewegungen genutzt. Zustände, die nie ein Problem waren, werden vom Westen zu solchen gemacht und anschließend auf die billigsten Sündenböcke abgewälzt: auf die mittlerweile nicht mehr existente, vielgehaßte SED einerseits und auf die “Chaotenszene” andererseits.

Aber ich schweife ab. Das schadenfreudige Amusement der Einsatztruppen der Exkrementive auf unsere Kosten bleibt ebenso bittere Tatsache wie der traurige Umstand, daß es in Wien angesichts dieser himmelschreienden Ungerechtigkeiten und großkotzig-selbstherrlichen Lügen von Polizei, Politik und Presse (PPP) zu keinen vernünftigen Aktionen kommt. Es scheint, als würde die autonome Opposition in Österreich tatsächlich an ihren beiden linken Händen scheitern. ●

bezahlte Anzeige:

**Die meisten schönen  
Schuhe sind nette  
kleine Folterkammern.**



Gut zu Fuß sein und trotzdem mit der Zeit gehen: im ebenso fußgerechten wie schönen Schuh. Und Sie werden sehen: Unsere Auswahl und Beratung hat Hand und Fuß.

**GEA**

Gehen Sitzen Liegen

1080 WIEN, Heini Staudinger, Lange Gasse 24, Tel. 40 83 626  
1010 WIEN, Himmelportgasse 26, Tel. 51219 67

*Wir verkaufen laufend aus unserer Sammlung Bücher, die ihr sonst kaum bekommt - zu Preisen, die ihr euch leisten könnt!*

## ANTIQUARISCHE BÜCHER

*Geschichte der ArbeiterInnenbewegung und des Sozialismus, international und Österreich - Ökonomie - Politik - Philosophie - Kunst - Belletristik - Klassiker der Weltliteratur - proletarische Romane Kinderbücher - Reiseliteratur - Schach - Plakate - und vieles mehr*

*Tausende Bücher 20,-!*

**W.Simon**

**Iheringgasse 13, 1150 Wien**

**Tel: 855 84 32**

**Donnerstag 15 - 20 Uhr,**

**Freitag 15 - 18 Uhr**

**Samstag 15 - 18 Uhr**

**Wir sind leicht erreichbar:**

▷ 2 Minuten von der U 4, Station Schönbrunn,

▷ 5 Minuten von der Straßenbahn 52/58, Station Winkelmannstr..

*Unverkäufliche Raritäten können auf Wunsch kopiert werden!*

**TATblatt erhältlich!**

# “Die haben ihre Chance verwirkt.”

Zwei Wochen nach der Räumung der 16 (15?) Häuser in Ostberlin ist die Situation in den betroffenen Stadtteilen weiter angespannt. Nach wie vor versperren Mannschaftswagen und Sperrgitter der Polizei den Zugang zum einst bunthehängten Straßenzug der Mainzer-Straße. Eingelassen wird nur, wer sich Ausweis- und Gesichtskontrolle unterzieht.

(TATblatt Wien, Akin, Flugblatt)

An der Ecke zur Frankfurter Allee wird in einem Zelt, das vor kurzem noch vor der ehemaligen Stasi-Zentrale aufgebaut war, Mahnwache für die erstürmten Häuser gehalten. In der Umgebung werden von offizieller Seite Flugblätter der Stadt Berlin verteilt, in denen die Sprengung einiger ehemals besetzter Häuser angekündigt wird. Seit der Räumung sind noch acht Personen in Haft. Etliche weitere wegen der anschließenden Demonstrationen. Manche erwarten nach Einschätzung eines Mitbesetzers Verurteilungen bis zu fünf Jahren Haft. Der Referent des Westberliner Bausenators Nagel erklärte in der TAZ vom 15.11., daß es für die BesetzerInnen

der Mainzer-Straße niemals, egal in welchem Haus in Ostberlin Verträge geben wird: "Die haben ihre Chance verwirkt." Indessen versucht die BesetzerInnenbewegung nach zwei Seiten aktiv zu werden. Zum einen will mensch auf die drohende Räumung weiterer Häuser vorbereitet sein, zum anderen will mensch sich um eine breite Gegenöffentlichkeit bemühen. Als Beispiel dafür dokumentieren wir auszuweise eine

## Erklärung des Mainzer-Straßen-Plenums zur Veranstaltung in der Gethsemane-Kirche am 16.11.90

“Wir sind in die Gethsemane-Kirche eingeladen worden, um mit verschiedenen Menschen und PolitikerInnen über die Räumung der Mainzer-Straße zu diskutieren. Wir wollen hier eine Erklärung verlesen, weil wir die Gethsemane-Kirche als einen Ort achten, der viel mit dem Kampf gegen Staatswillkür und für ein selbstbestimmtes Leben zu tun hat. (...)

Zuerst wollen wir euch von unserem Leben erzählen. Wir sind die Menschen aus 12 besetzten Häusern, die gemeinsam und selbstbestimmt leben wollen. (...) Die Straße ist für uns ein gemeinschaftlicher Zusammenhang, in dem wir unser Leben praktisch selbst organisieren, und den wir mit allen NachbarInnen teilen wollen. Eine Volksküche, in der ein Essen 3 Mark kostet, ein Spielplatz, zusammen mit AnwohnerInnen gebaut, ein Info-Cafe für alle an uns Interessierten, ein Theater-Cafe, in dem Kultur und Kaffeeklatsch zusammenkommen, eine Food-Coop, in der Lebensmitteleinkauf aus ökologischer Erzeugung direkt organisiert wird, um die Kosten für alle

niedrig zu halten, das Ausarbeiten von Plänen zur Verkehrsberuhigung der Straße zusammen mit Menschen, die dort schon langewohnen — all das und mehr ist die Mainzer-Straße.

In diesem Leben verbinden sich Arbeit,



Wohnen, Kultur und die gewachsene Struktur des Kiezes (Stadtteil, Anm.). Wir reden viel mit AnwohnerInnen, u.a. an regelmäßigen BürgerInnen-Tischen, wir haben guten Kontakt zu älteren Menschen für die wir einkaufen, wir diskutieren mit Schulklassen aus dem Bezirk (...).

Die 48 Stunden Belagerungszeit waren trotz allem auch eine gute und intensive Erfahrung. Wir haben eine vorher kaum vorstellbare Solidarität erlebt. Sie reichte von praktischer Hilfe bei unserer Verteidigung bis hin zu Bemühungen, mit uns gemeinsam die Situation zu entschärfen. (...) MieterInnen planten und machten eine Menschenkette gegen Bullenangriffe, die bei unserer Verteidigung entstandenen Schäden sollen durch Spenden und gegenseitige Hilfe beseitigt werden. All das fand seinen Ausdruck in Flugblättern und Erklärungen, Belege für unseren Willen, weitere Eskalation verhindern zu wollen.

Eine solche Selbstbestimmung zu tolerieren kommt für diesen Staat nicht in Frage. Ohne mit uns ernsthaft zu verhandeln, wie ein Weg gefunden werden kann, die Barrikaden wieder abzubauen, gab es für Staat und Polizei nur eines: Platt machen. (...) Bis kurz vor der Räumung waren wir im Sinne dieses Staates legale BewohnerInnen. Eine Räumungsaufforderung ist uns nie zugestellt worden. Sämtliche Vermittlungsversuche wurden abgelehnt. Was sie wollten, war bedingungslose Unterordnung. Genau auf diese Art und Weise wird mit allen Ansätzen von wirklicher Kritik und Widerstand umgegangen: Z.B. durch Isolationsfolter, Kriminalisierung von Volkszählungsboykott, von Friedens- und Anti-AKW-Bewegung. Es war immer die Polizei,

die den Gewaltlevel erhöhte, alle Bemühungen von UnterstützerInnen, die versucht haben zu deeskalieren, wurden ignoriert und abgeblockt. Uns stellt sich diese Räumung als lange geplant dar.

(...) Gasgranaten und Wasserwerfer gegen die FriedrichshainerInnen und gegen uns, Wohnungsbrände und scharfe Schüsse, Mißhandlungen während und nach der Gefangennahme, die teilweise lebensgefährliche Verletzungen hervorriefen. Die Taktik der Polizei ist, den Einsatz aus sich selbst heraus zu rechtfertigen — sie hat uns zur Gegenwehr provoziert, und mit dieser Gegenwehr begründet sie ihren Angriff. Die Häuser werden nun zerstört und geplündert, den Spielplatz haben sie zerstört und kaputtgemacht, und die Machtdemonstration geht so weit, unsere in den Häusern

zurückgelassene Habe — Bücher, Kleidung usw. — aus den Fenstern zu werfen und auf den Müll zu fahren. All das, was wir in den Häusern instandgesetzt haben, Wasser- und Strominstallationen, Öfen, Fenster, Türen, Dächer werden zerschlagen und herausgerissen. Die Treppenhäuser werden herausgehauen, und wir fürchten, daß die Häuser abgerissen oder gesprengt werden sollen. In jedem Fall ist eine billige Instandsetzung unmöglich gemacht worden.

Was damit kaputtgemacht wird, haben wir eingangs erzählt. (...) Wir wollen kollektive Nutzungsverträge, ein separates Mietrecht für Ostberlin und die DDR, welches auf folgenden Grundsätzen beruht: Mietpreisbindung, Mitentscheidungsrecht von MieterInnenbündnissen und Anwohnerinitiativen bei allen Entscheidungen über Rekonstruktionen, Mieterhöhungen usw. Außerdem muß sofort damit begonnen werden, alte und baufällige bewohnte Häuser in Ostberlin instandzusetzen. Leerstehende Häuser müssen Menschen zur Verfügung gestellt werden, die sie instandbesetzen wollen.

Abschließend wollen wir sagen: Wir wollen mit allen darüber reden, wie angemessen die Reaktionen waren, mit denen wir uns gegen die Räumung gewehrt haben. Aber nicht mit Leuten, die uns von vornherein feindselig gegenüberstanden und uns heraushaben wollten, bzw. unsere Vernichtung mitgeplant und ermöglicht haben — die Polizeiarmee, die verantwortlichen PolitikerInnen, die verantwortlichen Medien. Wir laden alle anderen dazu ein, mit uns zum Kiezpalaver zu gehen ..."

(Das Mainzer-Straßen-Plenum) ●



# ISABEL JACOB MUSS DRAUSSEN BLEIBEN!

Mit dem neuen Haftantrittstermin vom 16.10.90 gegen Isabel Jakob wird in der BRD die Tradition, haftunfähige Gefangene einzuknasten, fortgesetzt.

Günter Sonneberg, Claudia Wannersdorfer, Ali Jansen und Bernd Rössner müssen sofort freigelassen werden.

**FREILASSUNG ALLER HAFTUNFÄHIGEN GEFANGENEN!**

In der Öffentlichkeit verschwiegen bzw. von dieser nicht wahrgenommen, gibt es gegen politische Gefangene in der BRD neben der Praxis der Isolationshaft mit ihrer psychischen und körperlichen Zerstörung noch die Maßnahmen der unmittelbaren körperlichen Gewalt. Dazu zählt unter anderem die Zwangsernährung während der Hungerstreiks wie die Inhaftierung bzw. Haftbeibehaltung von kranken oder zum teil lebensgefährlich verletzten Menschen.

Ein konkretes und aktuelles Beispiel ist Isabel Jacob. Isabel erkrankte 1985 im Gefängnis an der Autoimmunerkrankung Morbus Basedow. Isabel war im Knast, weil sie beschuldigt wurde, an einem Sprengstoffanschlag auf das Verwaltungsgebäude der Messe AG in Hannover im Juni '85 beteiligt gewesen zu sein. Noch während der Untersuchung wurde sie aufgrund ihrer Krankheit im März '86 entlassen.

Im Mai '88 wurde Isabel zu viereinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Das Urteil wurde im Februar dieses Jahres rechtskräftig.

Obwohl Isabel haftunfähig ist, hatte die Staatsanwaltschaft auf einen Haftantritt bestanden und als Isabel nicht freiwillig in den Knast ging, nun den Erlaß eines Haftbefehls veranlaßt. Seitdem ist jeden Tag mit ihrer Verhaftung zu rechnen. Am Donnerstag, den 1. November, erschienen bereits die "Hüter des Gesetzes" in ihrer Wohnung, um sie in den Knast nach Frankfurt-Preungesheim zu schaffen. Das niedersächsische Justizministerium machte zuletzt Isabel das "Angebot", einen erneuten Haftaufschub zu gewähren, wenn sie sich wegen ihrer Krankheit operieren ließe. Dieser Versuch der Herrschenden bedeutet nichts anderes, als Isabel Jakob zur Zustimmung für eine sofortige Operation zu zwingen. Für diese Haltung bekäme sie eine kurzfristige Haftverschonung gewährt. Andersherum bedeutet das, wenn sie sich nicht darauf einläßt, trotz Haftunfähigkeit sofortiger Haftantritt. Eine damit verbundene womöglich lebensbedrohende Verschlechterung ihres Krankheitsbildes wird bewußt mit einkalkuliert.

Andere Beispiele für eine solche Praxis sind die seit vielen Jahren haftunfähigen Gefangenen Günter Sonneberg, Claudia Wannersdorfer, Ali Jansen und Bernd Rössner. Es bleibt zu fragen, welche Tradition in Deutschland das Denken bei den Verantwortlichen so mit beeinflusst, daß die Logik, das Kalkül und die Methodik dieser

Vorgehensweise nachvollziehbar werden.

Ein Beispiel dazu, ist der 1973 gefällte Gerichtsbeschluss, die Zurechnungsfähigkeit von Ulrike Meinhof mittels einer Untersuchung ihres Gehirns - falls notwendig gegen ihren Willen und unter Narkose - festzustellen. Nur mit einer entsprechenden Öffentlichkeitsarbeit und einer massiven Kritik auch aus dem Ausland konnte diese Zwangsmaßnahme verhindert werden.

In der Geschichte Deutschlands gibt es viele Beispiele dieser Art der Repression.

Vom Kaiserreich über den deutschen Faschismus bis heute gibt es eine kontinuierliche Weiterentwicklung und Verfeinerung.

Wendet euch direkt an die Justizministerin Alms-Merk, Justizministerium - Niedersachsen, Waterloo Platz - 3000 Hannover, Tel.: 0511 / 1201

Ulrike Meinhof und die Marxisten



## Zur Situation von Isabel Jakob

(Bunte Hilfe Darmstadt)

In der Nacht vom 1. auf den 2. Juni 1985 wurde in Hannover ein Anschlag auf die Messe-AG verübt, bei dem einer der mutmaßlichen Beteiligten, Jürgen Peemöller, durch eine Explosion ums Leben kam. Weil Isabel Jakob seine Freundin war, wurde sofort ein Haftbefehl gegen sie erlassen. Sie stellte sich nach drei Tagen in Begleitung ihres Anwalts. Es wurde Anklage wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung und Beteiligung an der Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion erhoben. Isabel Jakob kam in Isolationshaft.

Nach ein paar Wochen traten bei ihr die ersten Krankheitssymptome auf. Die Augen schwellen an und wurden so lichtempfindlich, daß Isabel beim Hofgang die Augen wegen der Sonnenstrahlung nicht mehr öffnen konnte. Sie sah alles verschwommen und doppelt, bekam Kreislaufstörungen, Durchfall, und nahm in einem halben Jahr zehn Kilo ab. Eine ärztliche Untersuchung ergab, daß sie an Morbus Basedow, einer Autoimmunschwäche, erkrankt war.

Morbus Basedow ist eine Krankheit, bei der der Körper Antikörper gegen die eigene Schilddrüse produziert. Dadurch wird der Körper mit Schilddrüsenhormonen über-

schüttet. Durch diese Hormone werden verschiedene Körperprozesse gesteuert, wie beispielsweise der Eiweiß-, Fett- und Energiestoffwechsel, der Mineralienhaushalt und die Körpertemperatur. Die Folge dieser Hormonüberflutung ist, daß alle Körperzellen bis zur Erschöpfung überarbeitet sind. Das drückt sich physisch wie psychisch in einem Wechselbad zwischen scheinbar grenzenloser Energie und Müdigkeit aus. Bei Isabel Jakob kommt hinzu, daß sie durch Morbus Basedow an endokrinen Augenveränderungen des Stadiums Vier erkrankt ist. Bei einer Verschlechterung der Krankheit käme im Stadium Fünf eine zusätzliche Hornhautbeeinträchtigung bei Schlußunfähigkeit der Augenlider, im Stadium Sechs Sehausfall bis zur Erblindung hinzu.

Im März 1986 wurde das 129a-Verfahren (Unterstützung und Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung) gegen Isabel eingestellt. Übrig blieb die Anklage wegen der Sprengstoffexplosion. Der Haftbefehl wurde u.a. wegen ihrer Krankheit aufgehoben — ein externer Arzt hatte energisch klargestellt, daß Morbus Basedow nicht unter Gefängnisbedingungen behandelt werden kann. Isabel Jakob wurde aus

der Haft entlassen.

Im April 1987 begann ihr Prozeß, in dem sie — ohne daß sich das Gericht groß um die Beweislage kümmerte — zu viereinhalb Jahren Knast wegen Beteiligung an dem Messeanschlag verurteilt wurde. Eine Revision dieses Urteils wurde im Februar 1990 abgelehnt. Am 6.4.90 erhielt sie eine Ladung, um ihre Haftstrafe anzutreten, obwohl in den medizinischen Gutachten von 1986 die Haftunfähigkeit von Isabel klar bestätigt wurde.

Isabel Jakob war die ganze Zeit seit ihrer Haftentlassung in fachärztlicher Behandlung. Eine Schilddrüsenoperation brachte zwar vorläufige Besserung, jedoch keine Heilung. Das ist auch nicht erstaunlich, ist doch einer der entscheidenden Faktoren, die diese Krankheit auslösen, der Streß. Auf eine griffige Formel gebracht, kann mensch sagen: Was Zucker für eineN Zuckerkrankene ist, ist Streß für eineN Basedow-Krankene. Niemensch kann sich entspannt behandeln lassen, wenn ihr vier Jahre einer Haftform bevorstehen, die, wie die behandelnden Ärzte sagen, gerade der Auslöser für diese Krankheit war.

Prof. Dr. med. Pfannenstiel, Nuklearmediziner und Schilddrüsenpezialist, in "Ärzt-

licher Rat für Schilddrüsenkranke" (Thieme Verlag 1985): "Jeder Patient mit einer Schilddrüsenüberfunktion braucht eine ruhige und verständnisvolle Umgebung mit wenig Lärm und Aufregungen. Längere Ruhepausen mit viel Schlaf und Spaziergängen im Wechsel wirken sich meist günstig aus."

In einem Gutachten zu Isabel Jakob, ausgestellt am 9.4.90 von dem Psychologen und Nervenarzt Dr. med. Rosenkötter heißt es: "Die Basedow-Krankheit besteht noch. Sie ist in der Haft aufgetreten, und es besteht die unmittelbare Gefahr, daß sich diese Krankheit unter den seelischen Belastungen einer Haft bis hin zur Todesgefahr verstärken kann."

Es gibt in der BRD nur ganz wenig Ärzte, die für die Behandlung der Basedow-Krankheit kompetent sind. In einem Antrag von Isabel Jakobs Anwalt Dieter Adler wurde am 10.4.89 beantragt, die Haftfähigkeit von Isabel durch Prof. Pfannenstil prüfen zu lassen. Nicht zuletzt deshalb, weil sie unter anderem von Prof. Pfannenstil seit Jahren medizinisch betreut wird.

Die Staatsanwaltschaft in Hannover beauftragte daraufhin die Gefängnisärztin von Preungesheim (Frankfurt) mit der Erstellung dieses Gutachtens, um einerseits Kosten zu sparen, und andererseits, weil sie sich von einer Gefängnisärztin am ehestens eine Bescheinigung der Haftfähigkeit erhoffte.

Isabel Jakob ging daraufhin sicherheits halber in die Niederlande. Sie lebte dort legal unter einer, auch der Staatsanwaltschaft in Hannover bekannten Adresse und wurde auch in den Niederlanden weiterhin von FachärztInnen betreut.

Inzwischen stand die Preungesheimer Gefängnisärztin vor einem Problem: Als Ärztin war ihr natürlich klar, daß Isabel Jakob haftunfähig ist. Als Staatsbedienstete war ihr klar, was für ein Gutachten von ihr erwartet wurde. Als Mensch war ihr, nachdem sie eines Tages ihr Wohnhaus mit Parolen besprüht vorfand klar, daß sie wesentlich ruhiger leben kann, wenn sie sich einfach aus der Affäre zieht. Sie lehnte die Erstellung des Gutachtens ab und begründete diese Entscheidung mit mangelnder medizinischer Kompetenz.

Die Staatsanwaltschaft Hannover reagierte daraufhin mit der Weisung an einen Amtsarzt in Rüsselsheim. Dieser Allgemeinmediziner vom Gesundheitsamt sollte nun das Gutachten für eine so komplizierte Krankheit wie Morbus Basedow erstellen. Isabel Jakob wurde aufgefordert, dazu in die BRD zu kommen. Sie lehnte ab.

Inzwischen hat Niedersachsen eine rot-grüne Koalition bekommen. Einer der für Isabel Jakob zuständigen Staatsanwälte, der Leiter der politischen Abteilung, Borchers, hatte sich in den letzten Jahren durch seine wüste Einseitigkeit in politischen Verfahren auch die Ablehnung von früher oppositionellen, jetzt aber regierenden Politikern zugezogen. Seine Strafversetzung wurde gefordert. Er muß dafür sorgen, daß es

keinen großen Wirbel um seine Person mehr gibt. Der wäre aber nicht zu vermeiden gewesen, hätte er angeichts dieser Verfahrenslage einen Haftbefehl gegen Isabel Jakob erlassen und einen Auslieferungsantrag in den Niederlanden angestrebt. Also gab er den Antrag der Verteidigung auf Erstellung eines Gutachtens durch Prof. Pfannenstil statt. Isabel Jakob kam in die BRD zurück.

Die Untersuchungen begannen Ende Juli. Das Ergebnis liegt inzwischen vor. Darin erklärt Prof. Pfannenstil, daß für die Behandlung dieser immer noch bestehenden Krankheit eine Situation bestehen muß, in der die Patientin psychisch und physisch keinerlei Strßsituationen unterworfen sein darf. Eine Bewertung in Bezug auf Haftfähigkeit oder Haftunfähigkeit nimmt Prof. Pfannenstil jedoch nicht vor. Er sieht seine Aufgabe lediglich darin, als international anerkannter Schilddrüsen spezialist die medizinischen Bedingungen darzustellen, die für eine Heilung erforderlich sind. Und die in den umfangreichen medizinischen Gutachten, die 1986 zu ihrer Entlassung geführt haben, bereits beschrieben wurden.

Die Staatsanwaltschaft Hannover gab

das Gutachten, in dem Prof. Pfannenstil die Rahmenbedingungen beschreibt, die für eine Behandlung erforderlich sind, an die medizinische Abteilung der Justizvollzugsanstalt Frankfurt Preungesheim. Dort sollte geprüft werden, ob die in dem Gutachten beschriebenen Rahmenbedingungen in der JVA erfüllt werden. Die VA prüfte und kam zu dem Ergebnis, daß eine ausreichende Behandlung in der JVA gewährleistet sei. Diese Einschätzung steht im Gegensatz zu den Aussagen, Stellungnahmen und Gutachten ALLER Ärzte, die Isabel Jakob bisher untersucht haben.

Seit dem 18. Oktober 1990 wird Isabel Jakob wieder mit Haftbefehl gesucht. Sie hat sich nicht freiwillig gestellt, weil sich die Krankheit unter den Bedingungen der Isolationshaft so sehr verschlechtern kann, daß sie ihr Augenlicht und möglicherweise auch ihr Leben verliert. Die Erfahrungen anderer politischer Gefangener wie Günter Sonnenberg, Ali Jansen, Claudia Wannersdorfer und Bernd Rössner sind Beispiele dafür, wie weit der Staatsschutz bereit ist zu gehen, wenn es um die Vernichtung von Fundamentalopposition geht. ●

# No blood for oil!

## Aktionstag gegen den Krieg am Golf

**Am 21.12.1990 ist wieder einmal "internationaler Aktionstag". Dieses Mal soll weltweit wirksam gegen die Kriegsvorbereitungen der US-Regierung und ihrer Verbündeten im arabischen Raum. Ein Vorbereitungstreffen gibt es am Mittwoch, den 4. Dezember 1990 um 14 Uhr in den Räumen der Bürogemeinschaft Schottengasse 3a/1/4/59. Massenhafte Beteiligung ist erwünscht!!!!**

Folgenden Aufruf übermittelte uns der österreichische Zweig der Gruppe "Service Civil International" (SCI) mit der Bitte um Veröffentlichung.

### AUFRUF

Im Interesse von Frieden und Sicherheit im "Mittleren Osten" fordern wir den UN-Sicherheitsrat auf, in einer Resolution auf die Organisation einer internationalen Friedenskonferenz unter Teilnahme aller Parteien zu bestehen.

Diese Konferenz ist notwendig, wenn die Vereinten Nationen und das Völkerrecht in den Augen der Welt und vor allem der arabischen Welt Glaubwürdigkeit bewahren will. Die Entscheidung zur Abhaltung einer solchen Konferenz wäre ein konkreter Schritt weg von der angenommenen Unvermeidlichkeit des Krieges, würde die Wiederherstellung der kuwaitischen Souveränität und den Rückzug der iraqischen Truppen unter Vermeidung einer militärischen Intervention und die Einleitung einer Phase dauernden Friedens in der Region ermöglichen.

Diese Konferenz sollte aber auch zur Anwendbarkeit der UN-Resolutionen bezüglich der israelischen Besetzung der

West Bank, des Gaza-Streifens und des südlichen Libanons führen, welche zur Zeit unwirksam sind. Darüber hinaus soll die Möglichkeit des Rückzugs der Syrischen Truppen aus dem Libanon geschaffen werden.

Wir fordern die Anwendung der UN-Resolutionen im Bewußtsein, daß dauernder Friede abhängt

- vom Rückzug aller fremden Truppen in der Region

- von der gleichzeitigen Reduktion der militärischen Stärke und der Beendigung von Waffenlieferungen in allen Ländern der Region.

- von fairen Vereinbarungen bezüglich der im "Mittleren Osten" lebensentscheidenden Frage des Wassers

- von einer Achtung des Waffenhandels

- vom Ölpreis, von der Verwendung der Staatseinnahmen in Abstimmung mit den Bedürfnissen der im "Mittleren Osten" lebenden Menschen und die Verringerung der Ungleichheit zwischen Norden und Süden.

- von der Achtung der Menschenrechte und der Rechte der Minderheiten (vor allem der Kurden) in allen Ländern.

SCI ●

# Freispruch für Carsten

Vorletzten Donnerstag, am 22. November, fand der letzte Verhandlungstermin zum Prozeß gegen Carsten statt. Carsten wurde — aus Mangel an Beweisen — freigesprochen. Wir dokumentieren hier seine Prozeßerklärung.

## Prozeßerklärung

(carsten)

Ich bin hier angeklagt, wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt im Zusammenhang mit der Anti-Opernball-Demo vom 2.2.89.

Der Prozeß wird nach zwei Jahren jetzt, zu einer Zeit, wo die Medienhetze gegen die nächste Anti-Opernball-Demo bereits auf vollen Touren läuft, weitergehen. Die anfänglichen Beschuldigungen gegen mich Landfriedensbruch, Brandstiftung, Sachbeschädigung mußten fallengelassen werden, weil die Vorwürfe nicht haltbar waren. Die Verhandlung konnte nur in Bezug auf Widerstand gegen die Staatsgewalt weitergeführt werden.

In Wirklichkeit geht es aber nicht um einen angeblichen Widerstand gegen die Staatsgewalt, der Staat bedient sich lediglich dieses Konstruktes, um die Militarisierung des Polizeiapparates zu legitimieren.

Noch während ich in U-Haft saß, bekam die Exekutive zusätzliche schwer entflammable Schutzschilde und Polizeischutzhelme mit langem Visier. Außerdem wurden verstärkt Feuerlöschgeräte (Wasserwerfer) und flammensichere Schutzanzüge angeschafft (Kronen-Zeitung vom 19.2.89, Seite 2).

Die ÖVP bringt den Mord in der Per Albin Hansson-Siedlung in Zusammenhang mit der Anti-Opernball-Demo und fordert berittene Polizei und Wasserwerfer (Kronen-Zeitung vom 17. oder 18.2.89, Seite 14).

Der Widerstand gegen die Staatsgewalt war von Anfang an konstruiert, um eine Anklage zu haben, falls die konkreten Vorwürfe zurückgenommen werden müssen und erfüllte folgende Zwecke:

- das RAF/ausländische Rädelführer Gebilde konnte tagelang in den Medien verbreitet werden

- dieses Konstrukt diente zur Isolierung von kleinen Gruppen, zum Teil Rotstilzchen, Ägidi/Spalo,, die über den Terrorismusvorwurf zum Abschluß freigegeben werden sollten

- zur Spaltung der Linken

- zur Entpolitisierung der ganzen Demo.



Archivfoto

Möglich war diese ganze Hetze über den Vorwurf des Widerstandes gegen die Staatsgewalt, weil alle anderen Vorwürfe nicht haltbar waren.

Alein die Behauptung von Widerstand gegen die Staatsgewalt durch Polizisten reicht meist zur Verurteilung

Mit dieser Strategie wird zugleich zweierlei versucht:

- PRÄVENTIV: die Entstehung von Massenunruhen im Keim zu ersticken, bzw. mit polizeilicher (paramilitärischer) und propagandistischer Übermacht abzuwürgen.

- AKTUELL: schon jetzt bestehende Kämpfe und Massenaaktionen niederzumachen.

Die Kriminalisierung des politischen Feindes und das Bestreiten seiner politischen Existenz als politischer Feind ist dabei

wesentliches Element bewußt betriebener psychologischer Kriegsführung mit dem Ziel der Isolierung und Vernichtung.

Die Einordnung in Kategorien von Kriminalität ist nicht rechtlich zwingend, sondern politisch notwendig. Der Staat unterdrückt über seine Justiz die eigentliche Frage, die aufgeworfen ist: die Unterdrückungsverhältnisse, denen zufolge die Menschen auf die Straße gehen und dem, wie sie abzuschaffen sind.

Das internationale Interesse an der Anti-Opernball-Demo 91 ist groß genug, der Weltöffentlichkeit eine gutausgerüstete und vor allen Dingen schlagkräftige Polizei vorzuführen. 1991 wird die neue Qualität der Ausbildung und des Einsatzes der Polizei auf der Anti-Opernball-Demo vorgeführt werden, wie sie bereits im Einsatz am 5.10. gegen ANTIFASCHISTINNEN bei einer Kundgebung vor der Oper geprobt wurden. Besondere Merkmale dieses Polizeieinsatzes

gegen die antifaschistische Demo: keine Medienberichterstattung; Erfassung aller Frauen und Männer, die sich im Kessel befunden haben; ein Polizeikessel, von wo aus ununterbrochen in die Menschenmenge geprügelt wurde; fotografische Erfassung aller AntifaschistInnen; Isolierung bestimmter politischer Gruppen. Brutalität und militärischer Aufmarsch der Polizei kennzeichnen die Kriegsführung des Staates gegen den inneren Feind.

Es liegt auf der Hand — die Aktivitäten rund um den Opernball lassen sich nicht als kriminell vermitteln, was aber nicht verhindert, daß einzelne Personen kriminalisiert werden.

Der gegen mich erhobene Vorwurf ist erlogen. ●

bezahlte Anzeige:

## Wir ziehen um.

Der papierTIGER platzt aus allen Nähten. Aber nimmer lang!  
Ab 7. Jänner 1991 hat er eine neue Adresse: 1070 Wien, Westbahnstr.40.  
Fast ums Eck vom Öko-Institut. Telefon 523 30 71, Fax Durchwahl -22.  
Unser Detailverkauf hat dann auch am Samstag offen! Aber bis dahin  
sehen wir uns sicher noch (2.,Springerg.1 und 7.,Schottenfeldg.53)!

papierTIGER

# Don Quichote und die Windmühlen der Justiz.....

Am 8. November wurde Georg W. wegen angeblichen Einbruchdiebstahls, Sachbeschädigung und versuchtem Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu zehn Monaten Haft, davon sieben bedingt auf drei Jahre, verurteilt. Diese Zusammenstellung soll die "Entwicklung" des Urteils gegen Georg W. dokumentieren. Sie ist langwierig, kompliziert zu lesen und nicht gerade ermutigend. Für Georg ist sie aber nicht nur das: Für ihn ist sie Realität!

(Roald Dahl)

## Zur Ausgangslage:

Am 22.2.1990 wird Georg gegen 22 Uhr 45 vor dem Haus Faulmannngasse 4 von 6 Beamten des Mobilien-Einsatz-Kommandos (Alarmabteilung) eingekreist und festgenommen. Eine Viertelstunde zuvor war in etwa 100 Meter Entfernung vom Ort der Festnahme die Scheibe einer Billa-Filiale eingeschlagen worden. Diese räumliche Nähe gibt der Polizei die Möglichkeit, der 'Öffentlichkeit' die Verhaftung eines 'Plünderers' als großen Erfolg verkaufen zu können. Ein Georg belastender Akt mit folgendem Inhalt wird angelegt:

- Zwei Beamte der Verkehrsabteilung, die in etwa 80 Meter Entfernung vom Tatort den Verkehr regelten, nahmen "gegen 22 Uhr 38 das Klirren von starkem Glas wahr". Als sie sich umwandten, konnten sie zwei Personen erkennen, die aus der Auslage des Billa "diverse Spirituosen und Bierdosen zu einem halben Liter entwendeten". Einer dieser Personen wird als "Mann, ca. 170 cm groß, dunkle Kleidung, ausgerüstet mit einer Stange mit Fahne, in den Farben schwarz/rot" beschrieben, die andere ist "ca. 180 cm groß, Mann, bekleidet mit roter Jacke mit Kapuze, beide verummumt (vermutlich Ägidi/Spalo)".

- Gegen 22 Uhr 43 fuhren zwei Sektorwagen (MEK) auf der Rechten Wienzeile Richtung Stadteinwärts. An der Ecke Faulmannngasse wurden sie von einer Person aus einer Gruppe heraus ("offensichtlich Teilnehmer einer nicht genehmigten Demonstration; verummumt sowie rot/schwarze Fahne in einer Hand") mit einem Gegenstand beworfen, der "später als Bierdose Marke 'Ottakringer' verifiziert" wurde. Der offensichtliche und die anderen Teilnehmer flüchteten in die Faulmannngasse. Die Beamten nahmen die Verfolgung auf. In die Falle ging ihnen Georg, der "daraufhin mit der Fahnenstange gegen uns loszuschlagen" begann. Georg wurden Handfesseln angelegt.

- Gegen 22 Uhr 30 wollen 4 Beamte der Stapo bzw des Sicherheitsbüros, die "im Zuge der Opernballdemonstration als Sprechstellen 105 und 106 in der Demonstrationszone eingesetzt" waren, um "strafbare Handlungen festzustellen und diese unverzüglich weiterzumelden, um die Festnahme der Täter bzw. deren Strafverfolgung zu ermöglichen", folgendes beobachtet haben: "In der Linken Wienzeile in Höhe des Theaters an der Wien löste sich plötzlich eine ca. 170 cm große männliche Person aus der Gruppe der Verummumten und ging in Richtung des dort etablierten 'Billa-Marktes'. Der Mann war mit einer schwarzen Gesichtsmaske verummumt und trug eine Fahnenstange mit einer schwarzroten Fahne mit sich. Mit

dieser Stange schlug er in weiterer Folge die Auslagen des 'Billa-Marktes' ein. Danach warf er die in der Auslage ausgestellten Artikel auf die Fahrbahn (...). Dabei tat sich besonders eine ca 160 cm große weibliche Person (...) hervor. Bemerkenswert wird, daß die Scheibe erst nach mehrmaligem, äußerst kräftigem Hinschlagen mit der Fahnenstange zerbrach. Der Haupttäter steckte sodann zwei Bierdosen in seine Jackentasche und flüchtete in Richtung Faulmannngasse. (...) Als er anschließend die Rechte Wienzeile überquerte, warf er eine weitere Bierdose gegen einen der zwei bereits ankommenden Sektorenwagen der Alarmabteilung (...)."

- Der Kripobeamte Wachsenegger wird als erster zur angegriffenen 'Billa'-Filiale beordert. Dort stellt er "zum Zeitpunkt des Eintreffens vor dem Geschäft eine unübersichtliche Situation, auf Grund der flüchtenden Demonstranten (Richtung stadtauswärts)" fest. Deshalb ist ihm auch "eine konkrete Täterangabe bezüglich der erfolgten Diebstähle nicht möglich". In seinem Bericht bemerkt er außerdem, daß "auf Grund der dortigen Gegenbenheiten niemand ins Innere des Geschäftslokals gelangen konnte".

- Die Filialeiterin erstellt eine Liste der abhanden gekommenen Waren. U.a. enthält diese Angaben wie: "25 St. 1 kg Pakkungen Kaffee; 240 Stück Bierdosen zu 1/2 Liter; etc....." Auffallend ist, daß beinahe alle Mengenangaben verschwundener Waren den Inhaltsmengen der jeweiligen Großverpackungen für den Handel entsprechen!

## TATblatt faßt zusammen: (10. April 1990)

Dieser Akteninhalt wird in einem TATblatt-Artikel, der am 10. April erscheint, veröffentlicht und einer "Würdigung" unterzogen (siehe TATblatt minus 72 und minus 71). Kurz der Inhalt:

- "Von einer Verständigung über Funk weiß die Besatzung der Sektorwagen 1 und 2 (...) nichts zu berichten."

- In keiner der dem TATblatt vorliegenden polizeilichen Funkprotokolle kommt ein Funkanspruch bezüglich der eingeschlagenen 'Billa'-Scheibe vor.

- Es ist unmöglich, mit einer Bambusstange eine Sicherheitsglasscheibe einzuschlagen.

- Die Orts- und Zeitangaben der vier Stapos, die alles genau gesehen haben wollen, sind derart ungenau, daß vermutet werden muß, daß diese gar nicht am Ort des Geschehens waren.

- Georg soll nach Angaben der vier Stapos zwei Bierdosen eingesteckt haben und eine gegen ein Polizeiauto geworfen haben. Dennoch wurden nach Angaben der

Alarmabteilung bei Festnahme zwei Dosen gefunden.

- "Kurz zusammengefaßt vermittelt der vorliegende Akt den Eindruck, daß aus zwei völlig von einander unabhängigen Ereignissen mittels Absprachen ein zusammenhängendes Bild konstruiert wurde".

## Die Reaktion

Am 11. April, also einen Tag nach Veröffentlichung des TATblatt-Artikels, gibt der Zeuge Revierinspektor Novak von der Alarmabteilung seine Erinnerungen zum Besten und zu Protokoll:

- "Offensichtlich wollte er (Georg; Ann) mich an der zuvor ausgesprochenen Festnahme hindern oder an einer Amtshandlung bezüglich eines unmittelbar zuvor erfolgten Einbruchs in eine 'Billa-Filiale' neben dem Theater an der Wien, wo eine solche Gruppe Verummumter beteiligt war, was mir aus dem Funkverkehr bekannt war."

- "Später meldete sich noch ein unbeteiligter Zeuge, welcher den Täter auch als jenen bezeichnete, welcher die Auslagenscheibe der 'Billa-Filiale' einschlug. Auch ein Beamter der motorisierten Verkehrstruppe bezeichnete ihn der Tat."

- "Außerdem wurden bei der Visitation in den Jackentaschen zwei Bierdosen vorgefunden."

## Hauptverhandlung (Klappe: die Erste)

Am 25. April steht Georg das erste Mal vor dem Strafrichter. Er verweigert die Aussage, weil.... Anna und Arthur halten's Maul. Der "unbeteiligte Zeuge" aus Salzburg entpuppt sich als Kriminalbeamter, der in Wahrheit in Wien die Kriminalbeamten-Schule besucht und noch dazu Manfred Berger heißt, am 12.9.62 in Salzburg geboren wurde, in 5400 Hallein, Schloßallee 55 wohnt und angeblich Überraschungen aus dem Universalversand bestellt (Igit, Igit). Und der weiß folgendes zu Protokoll zu geben:

- "Ich war damals privat dort. Ich war nicht im Dienst. Ich war mit zwei Kollegen dort. Wir waren alle drei privat." Wir waren alle drei nicht im Dienst (Letzterer Satz ist eine Hinzufügung der Autoren, weil das Ganze einfach rhythmischer klingt, oder?).

- "Wir waren ca. 20 Meter entfernt, da haben wir eine Person gesehen, die verummumt war, und haben gesehen, wie er mit einem Stiel von einer Fahne die Auslagenscheibe einhaut. Die Scheibe war erst zu einem Teil gebrochen, es ist ein Teil noch drinnen gewesen, das hat er mit dem Fahnenstiel herausgerissen. (...) Unmittelbar vor der Auslagenscheibe haben wir nur ihn gesehen. (...) Die Person mit der Stange

ist durch das Loch rein, hat ein paar Dosen rausgenommen und hat sich entfernt. (...) Dann sind noch einige rein. (...) Es war dann so, daß die Streifenwagen gekommen sind, da hat er die Bierdose geschmissen (...) Ich kann nicht sagen, ob in dem Moment mehrere geschossen haben, ich glaube nicht, aber ich weiß es nicht. (...) Ob dadurch ein Außenspiegel getroffen wurde, habe ich nicht gesehen."

Der Zeuge Inspektor Hermansky, der Lenker des Sektorwagen 2, gibt an: "Es ist damals (also im Moment des Einbiegens in die Faulmannngasse) ziemlich viel geflogen (...)"

Der Oberleutnant Granig von der Verkehrsabteilung (etwa 80 Meter entfernt) gibt an: "Ich war ca. 40 Meter weg. Ich habe nicht gesehen mit welchem Gegenstand das gemacht wurde. (...) Die Scheibe ist sicher nicht mit der Fahnenstange eingeschlagen worden. Ich habe nicht gesehen, wie sie eingeschlagen worden ist. (...) Zwei sind hinein und dann zehn weitere (...)"

Auf die Frage des Richters, wer denn die Scheibe eingeschlagen habe, erklärt er: "Die ersten zwei Personen, die hingegangen sind, das war eine ganze Gruppe. Der mit der Fahnenstange ist als erstes hineingegangen."

Revierinspektor Pözlbauer (Verkehrsabteilung; Entfernung wie Granig): "Ich konnte die Finalisierung dieses Einschlagens sehen, weil ich erst durch die Geräusche aufmerksam geworden bin. Ich habe erst hingeschaut, wie es geklirrt hat. Meine Sicht war ungehindert. (...) Der Haupttäter, der dunkel gekleidet war — die beiden waren verummmt — hat dann zwei oder drei Bierdosen genommen und hat mit dem zweiten Täter die Flucht ergriffen."

Inspektor Heidenreich (Alarmabteilung, Sektorwagen 1): "Wir sind mit diversen Gegenständen beworfen worden, unter anderem mit Bierdosen. Von dem einen Vermummten mit der Fahnenstange, wurde der Sektorwagen getroffen, und zwar mit einer Bierdose. Er hat mehrere Bierdosen gehabt. (...) Ich konnte die einzelnen Würfe sicher nicht zuordnen."

Frage des Richters: Hat eine vom Beschuldigten geworfene Bierdose den Außenspiegel beschädigt?

Heidenreich: "Das kann ich nicht sagen. Die Festnahme des Beschuldigten habe ich nicht beobachtet, da waren wir zu weit weg. (...) Helme haben wir aufgehoben, weil wir schon Beschädigungen am Fahrzeug gehabt haben und Scheiben kaputt waren."

Inspektor Marek (Alarmabteilung; Sektorwagen 2) hat nicht gesehen, wer die Bierdose geworfen hat. Bezüglich des Georg unterstellten Widerstands gegen die Festnahme (gegen 5 Polizisten!) stellt Marek fest: "Gezielt hat er sicher nicht geschlagen (...) Ich wurde nicht getroffen." Sechzehn Tage nach der ersten Hauptverhandlung wird Georg plötzlich entlassen. Achtzig Tage hat er gegessen...

#### Hauptverhandlung (Klappe:die Zweite)

Alle bisherigen Zitate sind dem offiziell-

len Akt entnommen (bzw. dem Protokoll der Hauptverhandlung). Von der zweiten Hauptverhandlung liegen bislang 'nur' von ProzeßbesucherInnen angefertigte Protokolle vor (die in der Regel eh viel genauer sind).

Die Leiterin der 'Billa'-Filiale gibt an, daß sie im Inneren des Geschäftes Ziegelsteine gefunden hat.

Die einzige wirklich unbeteiligte Zeugin beobachtete die Festnahme Georgs aus einem, im dritten Stock gegenüber des Festnahmeortes in der Faulmannngasse gelegenen, Fenster.

Zeugin: "Ich beobachtete eine Menschenmenge, die von der Wienzeile hergelaufen kam, dahinter Einsatzfahrzeuge. Diese haben die Gruppe erreicht und sind aus dem Fahrzeug herausgesprungen. Sie hatten Helme und Schilder. Ca. acht Mann schlugen mit Gummiknüppel auf die Menge ein. Einer blieb liegen, die anderen sind weggelaufen. Ein Polizist kniet auf dem am Boden liegenden Menschen. (...) Der liegenden Person sind die Schuhe ausgezogen worden."

Auf Fragen des Richters erklärt die Zeugin, daß sie nicht wisse, ob die am Boden liegende Person eine Fahnenstange in der Hand gehabt habe. Danach sei eine am Boden gelegen. Zynisch erläutert Richter Kahler, daß Georgs Widerstand also schon zuvor geleistet worden sein muß (voreingenommen war er ja überhaupt nicht). Dem entgegnet die Zeugin, daß sie die Flucht der Menschenmenge vor den heranrasenden Polizeiautos von Anfang an beobachtet hatte und auch da kein Fahnenstange stattgefunden hat. Weiters gibt sie an, daß die liegende Person nicht mit Händen und Füßen um sich geschlagen habe, dafür aber die Polizisten noch weitergeschlagen haben, obwohl Georg ganz ruhig am Boden lag.

Als nächster wird der Angehörige der Alarmabteilung Novak vernommen:

• "An der Ecke war das das einzige Wurfgeschöß."

• Novak gibt an, den Täter an der roten Umrandung der Vermummung erkannt und mit den Augen verfolgt zu haben, zumal er keine anderen mit Sturmhauben verummmt DemonstrantInnen wahrnehmen konnte.

• Er versichert dem Richter, daß seine Sicht auf den flüchtenden "Täter" nicht verstellt war (darauf kommen wir dann noch in der Zusammenfassung zu sprechen).

• Auf die Frage des Angeklagten, warum Novak seinen Bericht erst am 11. April, fast zwei Monate nach dem "Vorfall" geschrieben hätte, erklärt dieser, er habe dies mit dem Richter so abgesprochen gehabt. Er habe in jedem Fall vor Abfassung seines Berichts keine anderen Berichte oder Zeitungsartikel gelesen (hua hua).

• Fragen bezüglich seines "taktischen Einsatzbefehls (Vorfeldsicherung)": "Ich bin nicht befugt, zum Vorfeld was zu sagen."

• Novak war (siehe oben) der einzige der Sektorwagenbesatzung 1, der Meldung vom Einbruch im 'Billa' über Funk gehört haben will. Selbiges fiel ihm erst am 11. April ein. Als Georg ihn dazu befragen wollte,

entwickelte sich folgender, das Erinnerungsvermögen des Herren Novak charakterisierender Wortwechsel:

Georg: "Hatten sie Kopfhörer aufgehabt?"

Novak: "Weiß ich nicht mehr."

G.: "Haben ihre Kollegen Kopfhörer aufgehabt?"

N.: "Weiß ich nicht mehr, glaub'ich nicht. Wie soll ich wissen, ob meine Kollegen Kopfhörer hatten, wenn ich mich nicht einmal erinnern kann, ob ich welche hatte?"

G.: "Warum war dann der Funkverkehr nur ihnen bekannt?"

N.: "Weiß ich nicht. Vielleicht hatte ich doch Helm mit Funk auf."

• Bezüglich des angeblichen Widerstands bei der Festnahme erklärt der Zeuge, daß er nicht getroffen wurde, daß er aber annehmen muß, daß er Schläge mit dem Knüppel abgewehrt hätte. Er kann sich nicht erinnern, ob Georg andere Polizisten getroffen hätte, da er ja nicht einmal sagen könne, daß er getroffen wurde.

• Novak nimmt an, daß einer seiner Kollegen die Festnahme ausgesprochen hätte. Die Aufforderung an den "Täter", den rechtmäßigen Zustand wiederherzustellen, habe er selbst mit den Worten "hearns auf" ausgesprochen.

• Novak weigert sich, Auskünfte bezüglich des 'unbeteiligten Zeugen aus Salzburg' und der 'Beamten der motorisierten Verkehrsabteilung' zu geben, die in seinem Bericht als wichtige Tatzeugen vermerkt werden. Im Verlauf der Einvernahme wird jedoch klar, daß die Verkehrspolizisten "den Täter auf Grund meiner Beschreibung identifiziert haben."

Einsatzleiter der 'Gefangeneinbringungsaktion' war Oberstleutnant Marco Smoliner, bekannt aus der Fernsehwerbung für brutales polizeiliches Vorgehen gegen DemonstrantInnen (genannt Club 2):

• "Der Sektorwagen 1 war vor diesem Ereignis nicht beschädigt." Warum andere Polizisten gegenteiliges behaupten, kann er sich nicht erklären. Er weiß auch nicht, woher die anderen Beschädigungen stammen.

• Georg befragt ihn, ob denn das, aus der "explodierenden Bierdose" (O-Ton Polizeiakt) ausgetretene Bier nicht seine Sicht behindert habe. Schliesslich soll es ja die Windschutzscheibe verschmutzt haben. Smoliner: "Das hat sich links hinten abgespielt."

• Er selbst war an der Festnahme nicht beteiligt, da seine Kollegen schon "fertig gewesen wären" als er zum Ort des Geschehens kam.

• Die Frage, ob denn eine 170 cm große, schwächere Person (O-Ton Georg, auf das mir hierix unterstellt wird; der Tipper) überhaupt gegen so gut ausgerüstete und trainierte Polizisten der Durchschnittsgröße 190 cm Widerstand leisten könne, wurde vom Richter verhindert!

Der letzte Zeuge war der Fahrer des Sektorwagen 1, Revierinspektor Ziegler:

• "In die Faulmannngasse sind wir rasch eingefahren (...) Vorher keine Beschädigungen (...) Nur von einem Geschöß getroffen worden (...) Beschädigungen erst spä-

ter entstanden (...) Vorher und nachher keine Festnahmen mehr gemacht (...) habe von 'Billa'-Einbruch 15 Minuten zuvor über Funk gehört."

Die Verteidigung beantragt folgende Zeugen und Beweismittel:

- Einen weiteren Polizisten
- EineN VertreterIn einer Baufirma, die das Haus an der Ecke Faulmann-gasse/Wienzeile im Februar eingerüstet hatte, wodurch die Sicht auf den Gehsteig unmöglich gemacht worden war.
- Ein Gutachten, ob eine Auslagen-scheibe mit dem fingerdicken Bambusrohr überhaupt eingeschlagen bzw. herausgerissen werden kann.
- die Vorlage des polizeilichen Funkprotokolls zum Beweis des Zeitablaufs (bzw. Zeitnichtablaufs).

Alle Anträge werden vom Gericht zurückgewiesen!

### Das Urteil...

...liegt noch nicht schriftlich vor.

In der mündlichen Urteilsbegründung bemerkt der Richter einleitend, daß die Zeugenaussagen im Allgemeinen ein unzuverlässiges Beweismittel seien. Dennoch steht für ihn fest, daß Georg an der 'Billa'-Aktion beteiligt war, wenn auch nicht, in dem er die Scheibe eingeschlagen habe, sondern in dem er die bereits zerbrochene Scheibe weiter zerstört hätte. Er sehe das aufgrund der Aussagen der Verkehrspolizisten und des "unabhängigen Zeugen" Berger als erwiesen an. Ebenso verhält es sich mit der geworfenen Bierdose. Die Widersprüche der Georg belastenden Polizisten sind für ihn menschlich verständlich. Daß Georg Widerstand geleistet habe, sei auch als erwiesen anzusehen, weil bereits der Versuch zu einer Verurteilung ausreicht.

### Flexibel...

Vorraussetzung für die Verurteilung Georgs war, daß sich die Anklage flexibel genug zeigte, ihre Version der Ereignisse den Argumenten der Verteidigung anzupassen, auch wenn dazu 180 Grad-Wendungen in der Beweisführung notwendig waren:

- Hatten zu Beginn des Verfahrens noch ALLE angeblichen Zeugen versichert, die Tat wäre mit besagtem Bambusrohr begangen worden, änderte sich dies rasch, als sich herausstellte, daß dies technisch unmöglich sei. Nachdem im TATblatt zu lesen war, daß die story mit der Fahnenstange ebenso unmöglich und unglaubwürdig ist wie die Behauptung, das Einschlagen der Auslage wäre genau beobachtet worden, änderte sich das von Polizei und Staatsanwaltschaft behauptete Tatbild erheblich.
- Die ursprünglichen Hauptzeugen, die zivilen Beamten der Stapo und des Sicherheitsbüros, die die Verbindung von 'Billa'-Auslage zum Bierdosenschwurf und damit zur Festnahme herstellen sollten, wurden kom-

mentarlos durch den 'unbeteiligten' Salzburger Kripo-Beamten ersetzt. Deren Aussagen waren noch Argument für die Verhängung der U-Haft gewesen, später jedoch wegen ihrer 'Genauigkeit' ("Bemerkung wird, daß die Scheibe erst nach mehrmaligem äußerst kräftigem Hinschlagen mit der Fahnenstange zerbrach. Der Haupttäter steckte sodann zwei Bierdosen in die Jackentasche...") unglaubwürdig und damit nutzlos geworden.

- Im Zuge der Einvernahmen hatte plötzlich keiner der Zeugen mehr das Einschlagen so genau beobachtet. Diese Wendung ermöglichte es dem Gericht, die erst am letzten Verhandlungstag aufgetischte Version mit den Ziegelsteinen zur Grundlage der Verurteilung zu machen.

Am Ende dieses Beitrags wollen wir noch festhalten, daß Georg verurteilt wurde, obwohl:

- praktisch alle Georg belastenden Zeugen falsche Angaben bezüglich ihrer Entfernungen vom Tatort machten, was mittels Stadtplan und Lineal leicht zu beweisen ist.
- alle belastenden Zeugen Polizisten waren.
- die einzige Zeugin, die in der Lage war, genaue und in sich schlüssige Angaben zu machen und darüber hinaus als einzige nicht in das Geschehen involviert war, vom Gericht ignoriert wurde. Ihre Aussagen einzubeziehen hätte einen Freispruch Georgs bezüglich des Widerstandes zur Folge gehabt.

- sich die Polizeibeamten in wesentlichen Punkten gegenseitig widersprachen, bzw. nicht genau erinnern konnten. Z.B. bezüglich der Frage, ob an der Ecke Faulmann-gasse/Rechte Wienzeile nur ein Gegenstand oder mehrere geflogen seien, ob die Sektorwagen bereits zuvor beschädigt gewesen wären oder nicht. Würde das Gericht nämlich annehmen, daß mehrere Gegenstände geflogen seien und die Autos darüberhinaus auch bei anderen Gelegenheiten beschädigt worden wären, könnte Georg nicht verurteilt werden, da keine eindeutige Zuordnung der Wurfgeschosse zu den Beschädigungen möglich wäre.

- der von den Polizisten behauptete Ort des Bierdosenschwurfs und die Fluchtstrecke bis zum Ort der Verhaftung für sie zum Zeitpunkt ihres Eintreffens gar nicht einsehbar gewesen sein konnte, da er von parkenden Autos, Telefonzellen und vor allem von einem Baugerüst samt Staubnetz und Containern verstellt war. Die von einzelnen Polizisten behauptete Fixierung des angeblichen Täters bis zur Festnahme war also nicht möglich. Das Gericht lehnte den diesbezüglichen Beweisanspruch ab. Der Beweisanspruch hätte eine Identifizierung Georgs als angeblichem Bierdosenschwerfer verunmöglichlicht. Da aber nach Aussagen der Polizisten Bierdosenschwerfer und 'Billa'-Plünderer ident sind, wäre ohne diese Identifizierung Georgs die ganze 'Beweiskette' zerissen.

- Die Erinnerung der Hauptbelastungszeugen Berger und Novak sind nur bezüglich der Beschreibung von Georgs Kleidung

'konkret'. An andere Details, sogar an solche, die sie höchstpersönlich betreffen, können sie sich (klarerweise) nicht mehr erinnern. Erklärbar wäre dies wohl nur mit dem 'gehobenen Interesse' der Zeugen an der Verurteilung Georgs: Sie können sich eben nur mehr an das erinnern, was auch nach dem 22. Februar gemeinsam besprochen wurde. Ob diese Gespräche dienstlicher, privater oder sonstiger Natur waren und ob deren Ziel tatsächlich eine sichere Verurteilung Georgs gewesen war, wollen wir nicht behaupten (nein, ganz und gar nicht! Gott behüte usw...). Ist auch egal: Dem Verfahren haftet so oder so ein nicht wieder gut zu machender Verfahrensfehler an. Solche 'Nebensächlichkeiten' sind Richter Kahler ohnehin Wurscht....

- die Behauptung, Georg wäre an der roten Einrandung seiner Sturmhaube und der schwarz-roten Fahne zu erkennen gewesen, einfach lächerlich ist, weil diese Beschreibung auf einige Hundert gegen den Opernball Demonstrierende zutrifft. Alle Achtung vor der Sehkraft der Polizeizeugen: Aus einem rasenden Auto heraus konnten sie einen "Täter" nachts an einem 1 cm breiten roten Saum erkennen.

- die Angaben der Polizei bezüglich Täteranzahl und Verlauf der Aktion in sich widersprüchlich sind. Und zwar TROTZ, wie Zeuge Novak zugibt, Absprachen unter den Beamten.

Er selbst beschrieb den Beamten der Verkehrsabteilung Georgs Aussehen. Diese Beschreibung findet sich später in allen Polizeiprotokollen nahezu wortident wieder (Pech: Die Beschreibung ist falsch). Ein weiteres Indiz für Absprachen ist u.a. die Aussage des 'Zeugen' Heidenreich, der zwar "die Festnahme des Beschuldigten (...) nicht beobachtet" hat, aber trotzdem genau weiß, daß Georg "mehrere Bierdosen gehabt hat".

Es ist nicht unsere Sache, den Rechtsstaat zu verteidigen. Dieser Beitrag ist auch nicht als Appell für 'Gerechtigkeit' zu verstehen. Es ist schlicht die unvollständige Aufzählung sog. 'Verfahrensfehler' und 'Ungereimtheiten'. Wir wollen so belegen, daß die Justiz im Dienste der Herrschenden bereit ist, jegliche 'rechtsstaatliche Ebene' zu verlassen, um ihr Ziel, in diesem Fall die Verurteilung eines angeblichen Täters, zu erreichen. So wird polizeiliches Vorgehen gegen DemonstrantInnen und sonstige StörerInnen der öffentlichen Ordnung im nach- und vorhinein gerechtfertigt.

Richter Kahler hat nun die Gelegenheit, seine 'Flexibilität' abermals unter Beweis zu stellen und in seiner schriftlichen Urteilsbegründung auf die hier aufgezählten 'Auffälligkeiten' einzugehen, denn.....

**WIR KÖNNEN SIE NICHT ZWINGEN, DIE WAHRHEIT ZU SAGEN. WIR KÖNNEN SIE NUR ZWINGEN, IMMER UNVERSCHÄMTER ZU LÜGEN.**

•

Borneo:

# Die letzten 5 Jahre des Regenwalds und seiner BewohnerInnen

Um auf die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen hinzuweisen, verließen Mutang Urud und Mutang Tuo, zwei *Penan* (Mitglieder eines der letzten im Wald lebenden Nomadenvölker der Welt) den tropischen Regenwaldes Malaysias und tourten nach Australien, Asien, Nordamerika, Japan und Europa. Mit ihnen kamen auch Unga Paran (Angehöriger eines anderen Volkes Malaysias), sowie Bruno Manser nach Wien, ein Schweizer der einst auszog, seine romantischen Träume vom Leben in der Wildnis einzulösen ...

(TATblatt Wien)

Ohne das Engagements Bruno's wäre die Reise der drei malaysischen Staatsangehörigen sicher nicht mit dem Echo in der Öffentlichkeit möglich gewesen. Der Schweizer läßt sich eben gut vermarkten. Schaffhirte, Wehrdienstverweiger, Alternativer sind nur einige Etiketten, die mensch ihm verpassen konnte, schon bevor er beschloß in den Urwald zu gehen. In einer Bibliothek stieß er auf die *Penan*, eines der letzten Völker im malaysischen Regenwald, die nomadisch und fast ohne Kontakt zur Zivilisation lebten. Sechs Jahre verbrachte er daraufhin im Dschungel, fand Anschluß an die *Penan* (nachdem er ein Jahr allein im Regenwald überstand), und wurde sozusagen einer der ihnen.

Die wildromantische Geschichte fand schließlich (zumindest vorläufig) ein ganz anderes Ende als erwartet: Nicht die Schlangenbisse, Malaria und anderen tropischen Krankheiten, sondern die Zerstörung der tropischen Regenwälder und somit der Lebensgrundlage der *Penan*, brachten ihn zum Entschluß, den Urwald zu verlassen. Sein Engagement wolle er in den Industrienationen einsetzen, denn hier seien die Verantwortlichen zu suchen für die dramatische Abnahme des Bestandes an tropischem Regenwald in Südostasien, und somit für die Zerstörung der Lebensgrundlagen für Tausende.

Und so bietet Bruno Manser den Einstieg in ein sogenanntes Ökothema. Uns kommt beim Stichwort Regenwald zuerst Amazonien und dann wahrscheinlich schon das Ozonloch in den Sinn. Die weltweiten Klimaveränderungen, die durch die Abholzung entstehen, haben bei uns endlich ein Bewußtsein wachgerufen, in welchem Maße die Umwelt betroffen ist. Hinzu kommen die Veränderungen in den betroffenen Gebieten selbst: Etwa der Verlust von Pflanzen und Tierarten: Jeden Tag werden etwa 50 Arten zerstört, Arten vor deren Ausrottung der Mensch nicht einmal von ihrer Existenz wußte (und nacher erst recht nicht.). Als anschaulicher Vergleich, was sich hinter dem Schlagwort Regenwald verbirgt, mag folgender Tatsache dienen: In Kanada und den USA wachsen 700 unterschiedliche Baumarten — eine Menge, die sich in Borneo auf einem Gelände von zehn Hektar finden läßt. Daß aber auch tausende in diesen Gebieten lebende Menschen direkt und indirekt vom Tode bedroht sind, wird oft vergessen.

Anders als in Südamerika, ist es in Bor-



neo, der Heimat der *Penan*, nicht in erster Linie die Schaffung von Land, sondern die Holzgewinnung, die zur Zerstörung des Waldes führt. Die *Penan* leben vor allem im malaysischen Teil Borneos, und Malaysia ist erstens weltweit das führende Exportland für tropische Hölzer und zweitens auch das



Ein Teil von 117 *Penan* auf dem Weg ins Gefängnis in Miri (September 1989)

Foto: Bedrohte Völker, Menschenrechtsexport Nr4/1990 der Gesellschaft für bedrohte Völker - Schweiz

zweitwichtigste Lieferland dieser Holzarten für Österreich (gleich nach Indonesien, zu dem ja der andere Teil Borneos gehört)! Das Holz wird für alles mögliche verwendet, selten aber notwendigerweise gebraucht: Seien es die schon öfter kritisierten, zur einmaligen Verwendung bestimmten Eßstäbchen für Millionen JapanerInnen, oder die Edelholzsärge (das ist kein Witz!) für etwas weniger ÖsterreicherInnen. Oft ist es gar nicht der Bedarf an oder das Verlangen nach Edelhölzern, die der Ausbeutung der Regenwälder Vorschub leisten. In Japan wird das Holz einfach als Verschalung beim Betonieren verwendet. Die niedrigen Löhne Südasiens machens möglich. Und wer Rattan-Korbmöbel als Alternative zum Mahagonischrank verwendet, trägt auch

seinen Teil zur Vernichtung des Regenwaldes bei.

Nach jüngsten Erkenntnissen eines engl. Forschers (N. Myers) besitzt Malaysia nur noch 50% seines ursprünglichen Waldreichtums: 157 000 Quadratkilometer gegenüber 305 000. Ein malaysischer Kollege, Dr. Chin schätzt den Bestand an ursprünglichem Primärwald, der meist nur noch in Sarawak zu finden ist, auf lediglich 50 000 Quadratkilometer. In 5—7 Jahren wird der ganze Wald verschwunden sein. Und mit ihm seine BewohnerInnen. Ca. 200 000 Menschen leben in ca. 26 Völkern, die unter dem Namen Dayak zusammengefaßt werden, im und vom Wald. Die meisten von ihnen betreiben Wanderfeldbau, um die kargen Reserven des Bodens eines tropi-

schen Regenwaldes nutzen zu können. Das gibt andererseits dem Wald die Möglichkeit zur Regeneration. Einige, wie die *Penan*, leben nomadisch, ohne festen Wohnsitz sozusagen. Sie folgen dem Wild auf seiner Suche nach den Früchten des Waldes. Von den ursprünglich einigen Tausend sind nur an die 1000 im Wald geblieben. Der Rest wurde gezwungen, das nomadische Leben aufzugeben, und sich der "Zivilisation" zu fügen. Natürlich hatten die *Penan* fast immer Kontakt zu den Siedlungen in und vor allem am Rande des Waldes, und somit jetzt auch Kontakt zur Zivilisation. Von metallenen Werkzeugen bis zum Kassettenrecorder wird alles mögliche an Zivilisation auch von den *Penan* angenommen. Aber sie zogen es vor, im Wald zu leben. Erst massi-

ver Druck der Regierung und die Zerstörung ihres Lebensraumes führte zur jetzigen Situation.

Von den Aktivitäten der Holzverwertungsgesellschaften sind allerdings alle BewohnerInnen des Waldes betroffen. In Malaysia wird selektiver Holzabbau betrieben, d.h. nur die wertvolleren Hölzer werden aus dem Wald geholt. Dabei werden 50% des Bestandes zerstört, 46% der natürlichen

vergeben. Meist an Firmen, die zu einem Großteil unter ausländischem Kapitaleinfluß stehen. Die Konzessionen selbst werden durch die Provinzregierung Sarawaks vergeben. Der zuständige regionale Minister, der für die Konzessionsvergabe zuständig ist, ist selbst der Besitzer einer der größten Konzessionen (650 000 ha). Es geht nach einem bekannten Muster vor sich: Internationale Konzerne arbeiten mit korrup-

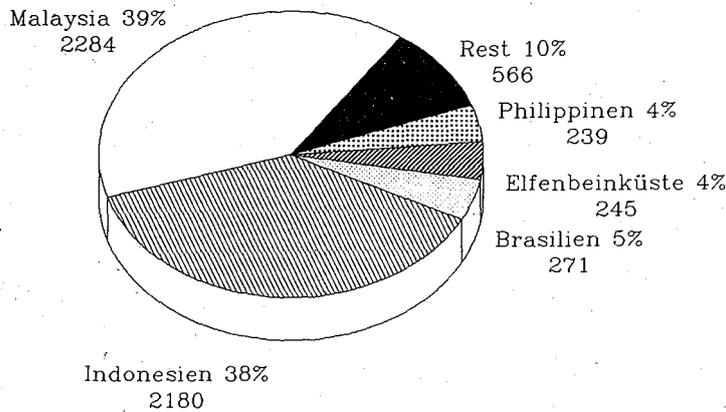
gung schützte er nicht: Bis zu 100 von ihnen saßen oft gleichzeitig wegen der Blockaden im Gefängnis. Auf Bruno Manser haben die Holzgesellschaften eine Ergreifungsprämie von 35 000 US-Dollar ausgesetzt, für seine subversive Tätigkeit droht ihm sogar die Todesstrafe.

Eine der letzten Chancen für die Dayak und insbesondere für die Penan, ist nun die internationale Aufmerksamkeit und Solidarität. "Österreich ist international vielleicht kein so bedeutender Holzimporteur, aber die Vorbildwirkungen jedes noch so kleinen Landes kann zu einem internationalen Umdenken beitragen", meint einer der Penan auf der Pressekonferenz in Wien, und fordert die österreichische Regierung auf:

- Erlaß eines Tropenholz-Importverbots!
- Einflußnahme auf die Regierungen Sarawaks und Malaysias!
- Einflußnahme auf internationale Organisationen!

Und wir werden aufgefordert: "Kauft kein Tropenholz mehr aus unserem Wald und aus den Wäldern anderer Waldvölker. Kauft kein Mahagoni, Limba, Meranti, Bankirai (Rattan, Anm. d.A.) und wie sie alle heißen. Fordert Eure Behörden auf, bei öffentlichen Baumaßnahmen kein Tropenholz einzusetzen!•"

Graphik 1:



Wert der Tropenholzexporte der in der ITTO zusammengeschlossenen Produzentenländer (durchschnittliche Nettoexporte der Jahre 1986-1989 in 1000 US)

aus: ökozid 6: »Naturerbe« Regenwald; Gießen 1990

Überdachung gehen verloren und somit werden 30% des Bodens ungeschützt der Witterung ausgesetzt. Was das für einen Regenwald bedeutet, ist aus Untersuchungen bekannt: Bodenerosion. Es gibt keinen Hinweis darauf, daß sich ein so behandeltes Stück Wald jemals wieder zu seinem Urzustand zurückverwandeln kann.

Die Abholzungen gehen zwar nicht so schnell voran, wie die Brandrodungen in Brasilien, aber auch der selektive Holzabbau, bei dem gewaltige Mengen ungenutzter, aber zerstörter Ressourcen (ca. 40% des geschlägerten Holzes) zurückbleiben, läßt dem Wald keine Chance zur Regeneration. In solcherart zerstörten Waldgebieten ist es für die Panan unmöglich, zu existieren. Sollten überhaupt Tiere im Gebiet verblieben sein, so ist es unmöglich, sie zwischen den umherliegenden Baumresten mit dem Blasrohr zu jagen. Viele sind schon auf die Jagd mit Gewehren umgestiegen, aber das ist nur eine kurzfristige Lösung. "Ich könnte den ganzen Tag aufzählen, was alles durch die Holzfüllerei zerstört wird — lebensnotwendige Dinge für uns" erzählt einer der beiden nach Wien gekommenen Penan, "und ich wäre am Abend noch nicht fertig damit." Werkzeuge, Medikamente, Sago (das aus dem Mark einer Palme gewonnene Grundnahrungsmittel der Penan),... alles liefert "der Wald". Auch für die seßhaften UreinwohnerInnen Borneos bedeutet der Raubbau der Holzgesellschaften Zerstörung: Das Wasser ihrer Siedlungen wird ungenießbar, die dörfischen Strukturen werden zerstört, Erosion bedroht ganze Gebiete, der Kontakt zu den Penan geht verloren,...

An und für sich ist der Regenwald Borneos nicht zur Schlägerung vorgesehen. Lediglich Ausnahmekonzessionen werden

ten Regionalpolitikern eng zusammen. Dabei kommt der absolute Großteil des Kapitals zur Ausbeutung des malaysischen Regenwaldes aus Japan. Eine der hiebei aktivsten Firmen ist auch bei uns keine unbekannt: Mitsubishi. Um das rücksichtslose Vorgehen der Abbaugesellschaften zu beschreiben, reicht folgende Tatsache: Abgebaut wird Tag und Nacht. Am Tag wird geschlägert, in der Nacht abtransportiert. Dabei kamen in den letzten 17 Jahren 1000 ArbeiterInnen ums Leben; allein 1989 waren es 94.

Seit einigen Jahren leisten die Dayak, wie die UreinwohnerInnen Sarawaks genannt werden, offenen Widerstand. Sie unternehmen Brandanschläge auf die Holzschlägerfirmen und blockieren vor allem die Pisten, die die Holzgesellschaften angelegt haben, um in den Wald vorzudringen. "Mit unseren Giftpfeilen aus unseren Blasrohren hätten wir alle Möglichkeiten" berichtet Bruno Manser, betont aber: "die Penan sind ein friedliches Volk und auch der Widerstand war bisher friedlich." Weshalb auch immer der Entschluß zu dieser friedlichen Vorgangsweise getroffen wurde, vor staatlicher Verfol-

Weiterführende Literatur gibt es jede Menge. Verwiesen sei auf die Reihe Ökozid und auf auf Materialien von der Gesellschaft für bedrohte Völker, Global 2000, und dem ÖIE.

Penan-Kind mit Rattenkorb  
Foto: de Beer, aus ökozid 6; a.a.O.



# “Feuer und Flamme”

Im Frühjahr dieses Jahres erschien in der “Edition ID-Archiv im IISG, Amsterdam” ein Buch, unter dessen bereits oben erwähntem Titel keine geringere Aufgabe auf den Autor wartete, als “die Geschichte und Gegenwart der Autonomen” zu dokumentieren. Ein Abriss wird es genannt und kann es wohl auch nur sein. Ein gelungener aber allemal.

(Biedermann/Brandstifter)

Dabei hatte der in Berlin lebende Autor ursprünglich ganz andere Pläne. An eine “kurze Kritik” wollte er sich nur machen, entstanden ist daraus ein 260 Seiten umfassendes Buch. Leicht zu täuschen vermag vielleicht der Titel. Denn wer sich unter “Feuer und Flamme” die Schilderung heißer Häuser-, Straßen- oder sonstiger Kämpfe erwartet, der/die wird wohl enttäuscht werden. Bilder davon gibt’s im übrigen auch keine. Und trotzdem hat das Buch einiges zu bieten.

Geschrieben wurde es unter dem Pseudonym “Geronimo”, wobei sich dieser Name nicht auf den legendären indianischen Krieger bezieht, sondern auf den Hund eines autonomen Genossen, zu dessen Vorlieben es zu gehören schien, sich in grüne Uniformhosen zu verbeißen. Die Erwähnung dieser Tatsache erscheint mir charakteristisch für die Art des Denkens, der Betrachtungsweisen in diesem Buch, die oft zwischen den Zeilen deutlich werden. Hier wird nicht versucht verkrustete Blickwinkel scharf zu kriegen, und nicht in — auch in der autonomen Szene reichlich vorhandenen — Dogmen verharret. Wie groß die Gefahr dabei ist, sich in die Nesseln zu setzen, das ist wohl auch dem Autor bewußt, wenn er immer wieder seine Subjektivität beteuert und erklärt. Gerade darum erscheint mir das Buch aber auch ein mutiges. Der Autor, der mit seiner (akademischen) Bildung nicht hinter dem Berg hält, war bemüht den Text in einer allgemein verständlichen Sprache zu verfassen. Einer Sprache, die über weite Strecken verspielt, manchmal sogar blumig erscheint, und sich somit erfrischend vom weitverbreiteten Szene-Slang unterscheidet, oder vom knochig-kantigen Deutsch vieler Grundsatzpapiere und Erklärungen. Einer Sprache, die somit dazu beiträgt, daß hier keine trockene chronologische Auflistung historischer Ereignisse vorliegt, sondern ein Buch, das dem/der geneigten Leser/In einfach auch Spaß am Stöbern in der (eigenen) Geschichte bereiten kann. Zum Weiterstöbern ermutigen ein umfassendes dokumentiertes Literaturverzeichnis, und eine lange Liste von Quellenangaben. Der Autor hat (natürlich) alle 43 Bände der Marx-Engels-Werke gelesen — in der lauwarmen Badewanne, aber das erwähnt er nur nebenbei ...

Im ersten Teil, der Aufarbeitung der Geschichte, sucht Geronimo die Wurzeln der Autonomen in den Ausläufern des Jahres ’68. Über das Ausklingen der Studentenrevolte und das Aufkommen der “Spontis” Anfang der 70er-Jahre und die Organisationsversuche in K-Gruppen und ML-Strukturen, sowie deren Scheitern beschreibt er den Weg in die Alternativbewe-

gung der 70er und 80er. Eine eingehendere Behandlung widerfährt auch den Neuen Sozialen Bewegungen (z.B.: Anti-AKW) und deren autonome militante Flügel, aus denen sich in den 80er-Jahren DIE Autonomen als politisch wahrnehmbare Kraft herauskristallisierten. So vollzieht der Autor eine Entwicklung nach von den Antiautoritären im SDS zur heutigen Situation der radikalen Linken in der BRD.

Besondere Beachtung wird den theoretischen Grundzügen der Autonomen in der Politik der Linksradiakalen Italiens in den 60ern und 70ern zuteil. Der Begriff des Operaismus, also einer Form des Marxismus, die den traditionellen Organisationen der Arbeiterbewegung das Recht absprach, sich als zentrale Subjekte politischer Auseinandersetzungen zu begreifen, die also nicht die Vermittlungsorgane der ArbeiterInnen (KP, SP, ...), sondern diese selbst in den Mittelpunkt stellte, “und zwar an den Orten des alltäglichen Klassenkampfes”, wird in groben Zügen erklärt. Dieser Operaismus prägte entscheidend die Entwicklung der radikalen Linken in der BRD, bis sich der Begriff des revolutionären Subjekts in den Neuen Sozialen Bewegungen endgültig wandelte.

Geschildert werden Entstehung und Zerfall der 77er Autonomia-Bewegung in den norditalienischen Großstädten, deren Analogien zu den modernen Autonomen ins Auge springen. Über die Bewegung der “Indiani Metropolitani” (Großstadtindianer) zieht sich der Bogen zurück zu den Antiautoritären und der Spontibewegung an den westdeutschen Universitäten.

Weiter im Inhaltsverzeichnis: Die Häuserkämpfe in den 70ern, “Stadtguerilla” und andere bewaffnet kämpfende Gruppen, die Alternativbewegung, Deutscher Herbst ’77, Anti-AKW-Bewegung, Autonome im Raketenerbst und nach der Friedensbewegung. Ausgeklammert bleibt die autonome Frauenbewegung.

“Organisierung — aber mit Vorsicht” heißt’s dann für den dritten großen Block, in dem über vergangene wie heutige Organisationsgelüste sinniert wird. Viel-

leicht dreht sich der Text in den Passagen über Sinn, Wert und Möglichkeiten von Organisationen und Strukturen ein wenig im Kreise, aber dem Autor sei zu Gute zu halten, daß er ja nur den status quo beschreibt, von dem einE jedeR leidgeprüfteR AutonomeR wohl ein Lied singen könnte.

Ab “Her mit den Abenteuern”, dem vierten Teil, wurde es dann sichtlich schwieriger für Geronimo. Klar, bemüht er sich doch hier bestehende Verhältnisse darzustellen und Perspektiven für die Zukunft aufzuzeigen. Und das in einer Zeit, in der sich gerade die deutschen Verhältnisse ständig überschlagen. Naturgemäß werden hier die meisten Kritikpunkte ansetzen, was durchaus erwünscht ist. Weil der Text innerhalb der autonomen Szene “eine breite und kritische Aufnahme” zu finden scheint, es jedoch notwendig sei “einige Passagen und Kapitel vollständig zu überarbeiten”, werden kritische GenossInnen eingeladen ihre Meinung schriftlich festzuhalten. Die HerausgeberInnen planen anstelle einer überarbeiteten Neuauflage eine ergänzende Kritik- und Diskussionsbroschüre. (Beiträge bis 15. November ’90 !! an Edition ID-Archiv, c/o AuroreA, Knobelsdorffstraße 8, 1000 Berlin 19) (Tja, da kommen wir mittlerweile wohl zu spät mit dieser Ankündigung, sorry.) (mittlerweile sogar schon viel zu spät, Anm des Lehauters; Tschulldigung!)

“Feuer und Flamme” — ein Versuch über die Geschichte der Autonomen für Einsteiger und Fortgeschrittene — erhältlich über Monte Verta Vertrieb, Hahngasse 15, 1090 Wien. ●

## betrifft: TATblatt

Hallalihalalo an ganz ungewohnter Stelle in diesem TATblatt. Aber das ist nur Ausdruck eines eklatanten Platzmagels, dem in der letzten Nummer sogar das Betrifft also ganza zum Opfer gefallen ist. Was aber noch viel spektakulärer war: In einem historischen Versagen des Lehauters fiel sogar der dringend notwendige Spendenaufruf dem Platzmangel zum Opfer. Dabei haben wir erst grad die Hälfte der, nach dem von der INL angestregten Prozeß (siehe den Beitrag der Republik Österreich in TATblatt minus 61) dringend notwendig gewordenen 30 000 Öschis Prozeßkosten zusammenbekommen. In diesem Sinne, werte SympathisantInnen des revolutionären Kleinformates: Spendet in rauen Mengen, damit das TATblatt nicht wegen so einem Scheiß zu Grunde geht (was nicht heißen soll, daß wir andere Gründe des Aufhören-Müssens akzeptieren könnten).

Unsere Kontonummer kennt ihr ja wohl schon alle: P.S.K. 7547.212 (lautend auf Unabhängige Initiative Informationsvielfalt). Nur für den Fall, daß diesem TATblatt schon wieder kein Erlagschein beiliegen sollte.

Zurück zum Platzmangel: Zum Opfer gefallen sind u.a. ein Beitrag zum EXPO-Kulturbeitrag, zum zweiten Mal der Beginn einer neuen dreiteiligen Serie zum Thema Psychiatrie, einige LeserInnenbriefe und noch einiges mehr. Wir werden das das nächste Mal nachholen. Notfalls gibts vor der bevorstehenden kurzen Jahreswechselfpause eine erweiterte TATblatt-Ausgabe. Mal sehen!

Bis auf weiteres aber wie immer:  
Liebe Kraft und Schneeflocken!  
Einer vom TATblatt-Kollektiv

# TATblatt VolxVERzählungs

## Ecke

In der TATblatt-VolxVERzählungsecke wollen wir regelmäßig Ideen bezüglich möglicher Behinderungen, Störungen, Boykottierungen, etc der Volkszählung vorstellen. Selbstverständlich nicht zu dem Behufe, daß dies als Vorbild dienen sollte, sondern rein aus unserer moralischen Verpflichtung der umfassenden Berichterstattung über das Böse auf der Welt wegen. (Also nix mit Aufruf zu illegalen Handlungen, oder so!)

Dabei sind wir freilich auf eure Mithilfe angewiesen. Ideen, Gedanken, Berichte und auch Kritiken an bereits vorgestellten Aktionsvorschlägen bitte einfach an uns senden (wir empfehlen anonymisierte Zuschriften).

### AUS UNSEREM BRIEFKASTEN:

## Mitmachen statt Umafeuln!

Wahrscheinlich ist mein Schreiben eh sinnlos, weil Ihr das alles ohnehin schon wißt, falls nicht, hier ist ein kleiner Hinweis auf soziales Verhalten:

Die MA 66 (Statistisches Amt der Stadt Wien) sucht zur Abwicklung der Volkszählung 1991 PensionistInnen, BeamtInnen, StudentInnen,... (also Leute, die sonst eh nix zu tun ham) für die Betreuung der mehr als 15 000 Rayone — will heißen: Zettel verteilen, alten Leuten beim Ausfüllen helfen, damit sie jaaa alles richtig ankreuzen, usw.

Denen kann geholfen werden, sag ich mir, und 4 — 5 000 Mäuse springen auch raus. Steuerfrei. Hab mich also — obwohl extrem arbeitsscheues Gsindel — bei der MA 66, Volksgartenstraße 3, Zimmer 223 für den Job angemeldet. Nachahmung empfehlenswert, weil wir ja alle auf die reibungslose Organisation der Volkszählung bedacht sind.

G. B. Ärger

Eine Gruppe, die sich ganz besonders schwerpunktmäßig mit der Volkszählung 1991 auseinandersetzt, und beispielsweise ganz maßgeblich am Entstehen des Volkszählungsreaders beteiligt war, ist die IIB — die Initiative Informatik-Betroffener. (Von denen haben wir übrigens auch den Ausdruck „VolksVERzählung“ meuchlings gefladert. Die Initiative Informatik-Betroffener kann auch für etwaige Veranstaltungen zum Thema Volkszählung ReferentInnen stellen. Infos darüber gibt's unter den Telefon-Nummern (0222) 2479344 oder (0222) 58801-4082. Die Postadresse der IIB ist Postfach 168 in 1015 Wien.

Die IIB ist auch Herausgeberin eines vierseitigen Flugblattes zum Volkszählungsboykott, woraus die nun folgenden „10 Gebote“ entnommen sind:

### DIE 10 GEBOTE DER VOLKSZÄHLUNG

Die Volkszählung ist ein Meisterwerk an Organisation und wie viele Meisterwerke empfindlich. Alles hängt davon ab, ob Sie brav mitmachen.

#### 1) Der Hund:

Auch wenn Ihr Hund bzw. Ihre Katze bisher immer friedlich waren - trauen Sie dem Tier nicht. Es könnte aus unerklärlicher Ursache das Papier beschädigen. (Achten Sie auch darauf, daß Ihr Kanarienvogel nicht draufmacht!)

#### 2) Die Blume:

Wie die Tiere, sind auch Blumen eine große Gefahrenquelle. - Beim Blumen gießen ist schon so viel naß geworden.

#### 3) Die Jause:

Essen Sie bitte kein Speckbrot, wenn Sie den Fragebogen ausfüllen. Ansonsten könnte alles ganz fettig werden.

#### 4) Die Zähler:

Tausende Zähler werden gebraucht und erhalten pro Fragebogen einen Fixbetrag. Wenn die Stimmung in Österreich

stark gegen die Zählung ist, werden sich weniger Zähler melden. Sie müßten befürchten, langsamer voranzukommen und zu wenig Geld zu verdienen.



#### 5) Die Antwort:

Falsche und ungenaue Angaben verringern den Nutzen der Volkszählung. Lassen Sie sich vom Zähler beraten, ob Sie die Fragen richtig verstanden haben, schauen Sie in Dokumenten nach, um Ihre Angaben zu überprüfen, auch wenn das den Zählern/innen Zeit kostet. Es ist wichtig, richtige Antworten zu geben.

#### 6) Der Bleistift:

Verwenden Sie keinen dünnen, harten Bleistift, sonst kann der Computer die Daten nicht gut lesen!

#### 7) Die Schrift und das Kreuz:

Schreiben Sie leserlich und kreuzen Sie die Kästchen in der Mitte an und nicht irgendwo an der Seite!

#### 8) Die Zahlen:

Passen Sie bitte auf, daß z.B. eine 3 nicht mit der 8 verwechselt werden kann.

#### 9) Das Papier:

Es ist wichtig, daß das Papier nicht geknickt und gefaltet wird. Stecken Sie es bitte nicht in Taschen oder legen Sie es nicht einfach auf den Tisch. Man weiß nie was passiert!

#### 10) Das 10. Gebot

Das 10. Gebot ist noch nicht erfunden. Vielleicht finden Sie etwas, was noch unbedingt beachtet werden müßte.

Also: Sie haben eine verantwortungsvolle Aufgabe. Passen Sie gut auf und machen Sie keinen Fehler.

# VOLKSZÄHLUNG SABOTIEREN !!!



9 0815 4711

## TATblatt

ALLES ÜBER DAS BÖSE AUF DER WELT — alle 14 Tage aktuell  
erhältlich in ganz wenigen Buchhandlungen und Betsin, im Handverkauf oder sonstwo zum Einzelverkaufspreis von 12 10 —  
oder im Abz: 10 Nummern zum Preis von 98,- (außerhalb Österreichs zum Preis von 150,-)  
GRATIS-PROBENBESTELLUNG einfach mit Postkarte bestellen!!!  
TATblatt — 1050 Wien, Gumpendorfer Straße 111, Telefon: (0222) 57 43 543



Dieses nun schon mehrfach vorgestellte Anti-Volxzählungs-Motiv gibt es nun auch als Pickerl und Plakat.

Beides ist gegen Porto-Ersatz und einen kleinen Unkostenbeitrag (Pickerl ca 10g das Stück, Plakate ca 5 öSchis!) beim TATblatt erhältlich. Ein kleines Briefertl genügt...

(PS Falls Leute zwar gegen die Volkszählung aber nicht für das TATblatt plakatieren wollen, haben wir freilich nix dagegen, wenn der untere Teil einfach weggeschnitten wird)

# TATblatt VolxVERzählungs

## Ecke

## Volkszählung 1991 in Österreich

(auszugsweiser Abdruck des gleichnamigen Artikels von Othmar Brigar aus dem „Volkszählungsreader“)

### Teil 3

**Erfahrungen aus der Volkszählung 1987  
in der BRD  
(Fortsetzung)**

#### INFORMATIONSÜBERGEWICHT DER EXEKUTIVE

Als eine wichtige Eigenschaft der Informations- und Kommunikationstechnik wird im allgemeinen ihre Wirkung als Trendverstärker angegeben. Seit langem ist anerkannt, daß Regierung und Verwaltung das Parlament immer mehr entmachten. Ein Grund dafür ist darin zu sehen, daß sie ein Informationsübergewicht haben und die Grundlagen für vielfältige politische Entscheidungen erarbeiten. Das Informationsübergewicht von Regierung und Verwaltung nimmt immer mehr zu, insbesondere aus folgenden Gründen:

- fortschreitende Ausweitung der informations- und kommunikationstechnischen Anwendungen,
- massiv vorangetriebene Vernetzung der Informations- und Kommunikationstechniken untereinander und damit einhergehende
- Zunahme von immer mehr und lückenloseren Informationssammlungen.

Politische Entscheidungen werden zunehmend zu sogenannten sachnotwendigen, mit dem Schein der informationellen

Der Artikel „Volkszählung 1991 in Österreich“ von Othmar Brigar erschien erstmals in der Zeitung „Informatik-Forum“ 3/1989.

Da der Artikel in der Originalversion sehr sehr lang ist, haben wir ihn fürs TATblatt ziemlich frei gekürzt und in eine mehrteilige Serie umgewandelt (wir hoffen, daß das so in Ordnung geht). Die unveränderte Originalversion ist im Volkszählungs-Reader nachzulesen.

Vollständigkeit und Objektivität versehenen Entscheidungen. Regierung und Verwaltung und die hinter ihnen stehenden Interessen beherrschen aufgrund ihrer Verfügungsgewalt über die Computersysteme entscheidend, zu welchen Zwecken die einmal erfaßten Informationen verarbeitet werden. Ein in seiner demokratischen Entscheidungsfunktion immer mehr entmachtetes Parlament (Hauptschl; d. Tipper) bestimmt auf diese Art und Weise zunehmend weniger die Zwecke, für die die gesammelten Informationen genutzt werden — immer unterstellt, es wolle sie auch bestimmen.

#### DIE MACHTLOSIGKEIT DER BÜRGER/INNEN UND IHRE INTERESSENSVERTRETUNG

Dieses pseudoobjektive Informationsübergewicht nimmt auch den BürgerInnen immer mehr die Chance, mitzuentcheiden und vor allem Regierung und Verwaltung effektiv zu kontrollieren. Obwohl die Statistiken aus der Volkszählung formal auch Gewerkschaften und Bürgerinitiativen zur Verfügung stehen sollen, ist doch aufgrund des Informationsübergewichts von Wirtschaft und Verwaltung eine effektive Beeinflussung von Entscheidungen aufgrund von Volkszählungsstatistiken nicht möglich. Sowohl die Gewerkschaften als auch die BürgerInneninitiativen und erst recht die einzelnen BürgerInnen haben zunehmend weniger Chancen, aktiv im demokratischen Prozeß in die gesellschaftlichen und politischen Entscheidungsprozesse einzugreifen. Demokratie und das Einbinden der subjektiven Betroffenheit der Menschen und ihrer Interessen an einer menschlichen Lebenswelt und am Staat wird immer mehr zugunsten der Macht von Wirtschaft verkürzt.

#### TECHNOKRATISCHES PLANUNGSINSTRUMENT

Die derzeitige Entwicklung der informationellen Erfassung der Gesellschaft und der BürgerInnen — die Volkszählung ist ein informationelles Erfassungsinstrument —

### ANTI- VOLKSZÄHLUNGS- TREFFEN

Montag, 3. Dezember 1990; 19 Uhr  
Amerlinghaus; Wien 7, Stiftgasse 8

Dieses Treffen ist nun schon das zweite dieser Art. Inhalt des Treffens soll die Klärung der weiteren Vorgangsweise gegen die Volkszählung sein, sowie die weitere Verbreiterung des Themas. Einige Ideen dazu wurden schon beim ersten Treffen gesammelt. Am 3. Dezember soll es nun weitergehen. Auch Leute, die beim ersten Treffen nicht dabei waren, aber gegen die Volkszählung aktiv werden wollen, sind herzlichst aufgefordert, zu kommen.

macht eine BürgerInnenbeteiligung, eine demokratische Gestaltung der Gesellschaft, immer illusorischer. Planungsentscheidungen werden immer undurchschaubarer. Der Bürger / die Bürgerin wird verplant — ob sie / er es will oder nicht; verplant nach Interessen, die grundsätzlich nicht seine / ihre sind. Es sollen die Interessen der VolkszählungsbefürworterInnen selbst durchgesetzt werden, wenn es sein muß, auch gegen den Widerstand der Bevölkerung. Trotz ökonomischer Krise mit ihren lebensbedrohenden Auswirkungen auf Frieden, Umwelt und Arbeitslosigkeit will man ungehindert

- weiter gute Geschäfte machen können.
- die Gesellschaft verplanen und letztlich im Interesse der politisch und wirtschaftlich Mächtigen im Griff behalten können.

Die Volkszählung ist ein technokratisches Herrschaftsinstrument. Es dient in erster Linie der Herrschaftsplanung und nicht dem informationellen Selbstbestimmungsrecht.

#### ABLEHNENDE HALTUNG UND REAKTION DER BEVÖLKERUNG

Obwohl die Volkszählungsbefürworter in der BRD sich durch hochbezahlte Wissenschaftler haben bestätigen lassen, daß in der Bevölkerung eine breite ablehnende Haltung gegenüber der Volkszählung bestand, hat die gemeinsame Front der Technokraten sie durchgedrückt. Diese harte Position hatte so provoziert, daß sich viele Menschen auf die Voraussetzung der Entwicklung demokratischer kollektiver Gegenmacht besonnen haben; das Gesetz der großen Zahl — der Volkszählungsboykott. Die Menschen haben immer nur das erreicht, was sie auch selbst gemeinsam durchgesetzt oder erkämpft haben. In diesem Fall konnte zwar die Volkszählung im Endeffekt nicht verhindert werden, doch sollte der Volkszählungsboykott von hunderttausenden BürgerInnen ein deutliches und warnendes Zeichen für die Mächtigen im Staat gewesen sein.

Im nächsten TATblatt:  
**ZUM DATENSCHUTZ  
IM BESONDEREN**  
Fortsetzung folgt•

### ANTI- VOLKSZÄHLUNGS- READER

erweiterte Neuauflage  
120 Seiten

allgemeiner, gesetzlicher, geschichtlicher, internationaler und aktionistischer Überblick  
zum Preis von S 90,—  
erhältlich ab Mitte Dezember  
Vorbestellungen an:  
Initiative Informatik-Betroffener;  
Postfach 168; 1015 Wien

Daß Mathias N. und seine GenossInnen irgendwann im vorigen Jahr, in einer damals noch ganz anders benannten Fortsetzungsreihe im TATblatt irgendeinen „Schweinekonzern“, wie sie ihn nannten, beanschlagt hatten, ist mittlerweile wohl hinlänglich bekannt. Daß seither trotz des Verstreichens von 20 weiteren Krimifolgen unterschiedlicher Übertitelung in dieser Causa nicht mehr viel passiert ist, wurde von einigen LeserInnen schon wiederholt, mitunter kritisch, angemerkt. Es ist folglich kaum verwunderlich, daß auch in der nun vorliegenden neuesten Folge diesbezüglich keine unerwarteten Wendungen eintreten. Wiewohl es gerade die polizeilichen Observationsbeamten, die in der Straße vor dem Hause mit der Wohngemeinschaft von Mathias N., Konrad H. und Hedda S. stehen, sind, die gegen Ende der letzten Folge etwas erlebt hatten, was sie niemals zuvor zu erleben erahnt hätten: Um halb zwölf zu Mittag brach plötzlich und unversehens der Abend über sie herein. Was aber hatte das wohl zu bedeuten? Und was können wir daraus wohl lernen? Oder ist es bloß einmal mehr nichts als vergeudeter Platz?

## KEIN HAUS AM FRIEDRICH-ENGELS-PLATZ

### 5 Mal sehen?

von E.Z. Nowak

„Jeden Tag konnte man in der Zeitung lesen, was für ein böser Mensch dieser Hotzenplotz war.“  
(O. Preußler; 1962)

„Ah! Geht's schon weiter?“, fragt der eine Observationsbeamte, in dem unauffälligen weißen Auto in dieser schier unbeschreiblichen Situation, in der sie sich gerade befinden, seinen Kollegen, der die Frage mit einem knappen und fast lautlosen „Ja!“ beantwortet.

„Ich mein ja nur, weil das letzte Mal samma ja aus'fallen. Aus Platzgründen! Oder so! Aber mir is des eh wurscht! Geht mi ja nix an. So wie's ma jetzt ah nix angeht, daß da draußen um halba Zwölfe z'Mittag der Abend hereinbricht! Obwohl, verstehn tu ich's ja net! Schau doch raus!“

Es ist, als stürzten alle Himmel ein, als wäre das Ende der Welt nicht mehr nur nah, sondern sage und schreibe da. Als müßte der brave Beamte in den nächsten Sekunden seinem Schöpfer, dem allmächtigsten obersten Vorgesetzten gegenüberreten und Meldung erstatten über das präsumierte Treiben seiner Mitmenschen, die die Gebote Gottes stets mißachteten, terroristische Vereinigungen bewarben, unterstützten oder sich gar selbst zu solchen zusammenschlossen. Es ist, als bebe die Erde, als sängen Gefangenenchoräle, als würde den Steinen Flügel wachsen, als wäre der Staat in seinen Grundfesten bedroht. Es ist, als träumt er einen bösen Traum.

Der Beamte träumt einen bösen Traum. Ein Traum, aus einem Schlaf herrührend, der aber plötzlich durch einen unglaublichen Knall ein jähes Ende findet. Dem Beamten dröhnen noch die Ohren, wie er auch schon die alles entscheidende Frage an seinen Kollegen stellt: „Was war das?“ Doch er bekommt keine Antwort nicht.

\*\*\*

„Was war das?“, fragt auch an einem anderen Orte, eine andere Person. Es ist Mathias N., der gerade zusammen mit Konrad H., Hedda S. und der auf Besuch befindlichen Anna M. in der Küche zusammensitzt und Gedanken zur Wohnraumsituation im allgemeinen, zur Wohnraumsituation im Zusammenhang mit der bevorstehenden Weltausstellung 1995 – oder darfs vielleicht doch erst 1996 sein? – im besonderen und über die Weltrevolution im globalen gewälzt hatte. Noch ehe allerdings eine Lösung dieser Probleme in greifbare Sichtweite gerät, hören die FreundInnen, ja GenossInnen, diesen unglaublichen lauten Knall, der schließlich Mathias N. zu der obig vermerkten Frage verleitet hat. Eine Antwort läßt aber auf sich warten. Die FreundInnen laufen erstmals alle zum Zimmerfenster, reißen es auf und schauen von Neugier getrieben auf die Straße. Das einzige was sie aber sehen, sind hunderte von Köpfen, die sich aus den verschiedensten Fenstern der unzähligen Häuser ringsherum recken, neugierig umherschauen und sich allesamt die Frage stellen, was denn wohl passiert sei.

„Komisch!“, rafft sich schließlich Konrad auf, der Lösung der Fragestellung vorsichtig anzunähern.

„M-h!“, gibt ihm Anna unumwunden recht.

„Irgendwas hat da geknallt.“, faßt Mathias die

evidenten Fakten sachlich zusammen.

„Bloß was?“, bringt Hedda die Frage auf den Punkt.

\*\*\*

Auch die Observationsbeamten wissen nur wenig, um nicht zu sagen gar nicht, bescheid. Eine für die beiden wohl betrübliche, für das Funktionieren des Sicherheitsapparates aber durchaus irrelevante, wenn nicht gar zuträgliche Situation. Denn selbst, wenn mutmaßliche UrheberInnen des Knalles kurz nach selbigem an den Observationsbeamten vorbeigelaufen wären, hätten sie doch niemals einschreiten dürfen, um nur ja nicht ihre Tarnung aufs Spiel zu setzen. Ob sie es nicht gemacht hätten, ist eine andere Frage. Von rechts wegen wäre aber diese mit einem klaren „Nein! Nein! und nochmals Nein!“ zu beantworten.

Der Beamte am BeifahrerInnensitz dreht hektisch am Funkgerät herum und schaltet von einem Kanal auf den anderen, um über den Bezirks-Polizei-Funkkanal vielleicht genaueres über den Knall zu erfahren.

\*\*\*

In der letzten Folge unserer Krimireihe haben wir angekündigt, diesmal genaueres über den Inhalt des geheimnisvollen Paketes, welches am Allerheiligenplatz gefunden wurde, zu berichten. Ein Versprechen, das wir leider, angesichts der jüngsten Ereignisse, nicht mehr einlösen können. Das Paket hat – in seiner eigentlichen Form – aufgehört zu existieren.

Wir bitten um Verständnis, und überspringen nun gemeinsam die nachfolgenden Stunden, die ohne besondere Vorkommnisse verstrichen sind, mit Ausnahme des grauen Meeres alarmbeabteilter Sicherheitswachebeamter, die den Allerheiligenplatz durchstreift hatten und sicherheits-halber mal jeden Ausländer und jede Ausländerin perlustrierten, die vorbeigekommen sind. Trotz einiger Festnahmen kam es bei den Amtshandlungen nur zu unerheblichen Verletzungen in Kreisen der Zivilbevölkerung.

\*\*\*

„Bis jetzt gibt es noch keinerlei Hinweise auf die Urheber des Sprengstoff-Attentates am Allerheiligenplatz. Die Polizei vermutet die Täter allerdings in Extremistenkreisen. Polizeipräsident Dögl kündigt verschärfte Überwachung der links- und rechts-extremen Szene an. Leider fehle es aber, so Dögl, sowohl hinten als auch – was noch schlimmer ist: – vorne an der notwendigen Ausrüstung. Außerdem verfüge er selbst über zuwenig Beamte und selbige über zuwenig Handhabe. Von einer vom Innenminister geforderten Assistenzleistung des Bundesheeres haltet er, Dögl, vorderhand aber nur wenig. 'A typischer Kuria-Artikel, vom Kolik. 'Links- und rechts-extreme Szene'. So a Schwachsinn! I man, des is doch ganz klar, gegen wen sich dieser Anschlag gerichtet hat, und wer demzufolge dahintersteht muß. A Sprengsatz, in an Park, wo vor allem Ausländerinnen und Ausländer san, und de Kiberer-Schweine reden von rechts- oder linksextremen Urheber, und tuan so, als sächtas gar nix! De san ja nur froh, über so an g'schissanen Fascho-Anschlag, weil's dann an Grund haben, daß uns einedrahn können. De san ja echt froh, daß de Faschos sowas tuan, falls es ned sowiese selber inszeniert haben, oder zumindestens mit den Faschos zusammen gearbeitet haben...“, sagt Hedda, beim Frühstück am näch-

sten Morgen, vor einem Berg aktueller Tageszeitungen sitzend. Die Stimmung in der Wohngemeinschaft ist mehr als unangenehm. So nach und nach wird den FreundInnen klar, was der Knall vom Vortag wohl bedeutet hat.

\*\*\*

Anna M. hatte die GenossInnen Mathias, Konrad und Hedda am Tage des Knalls schon bald nach selbigem verlassen. Sie hatte dem Vorfall nicht allzuviel Bedeutung beigegeben, denn knallen tut oft was. Warum also nicht auch gestern um halb zwölf zu Mittag? Außerdem hatte sie ja auch noch was anderes vorgehabt.

Heute Vormittag wurde sie im Justizpalast vorstellig, um in das Grundbuch Einsicht zu nehmen. Doch es sollte anders kommen:

„Ins Grundbuch woll'n's Einsicht nehmen?“

„Ja!“

„Da?“

„Ja!“

„Warum g'rad da?“

„Weil's doch da aufliegt, oder habens es verlegt, und findens es nimmer?“

„Ja und Nein!“

„Ja und Nein?“

„Des Grundbuch liegt schon seit Jahren nimmer da auf! Wo habens diese Uralt-Information denn her? Wohl TATblatt g'lesen? ‚Kein Haus am Friedrich-Engels-Platz‘ oder so an Schmarren? Ha? Schauens, Fräulein! Glaubens ned alles was in der Zeitung steht! Die Grundbücher für Wien liegen jetza schon seit Jahren alle im Bezirksgericht Innere Stadt auf! Gell?“

Anna verläßt ob des Irrtums ein klein wenig verärgert den Justizpalast mit einem finsternen Blick, der, auf der Straße angelangt, umgehend einen unauffälligen Mann trifft, der auffällig neben Annas Fahrrad steht und dieses begutachtet.

„Was soll das?“, denkt sich Anna, während der Mann Anna auch schon sichtet und umgehend die Straßenseite wechselt.

\*\*\*

Am Abend läutet in der Wohngemeinschaft von Hedda, Konrad und Mathias das Telefon. Mathias hebt ab und grüßt mit einem freundlichem „Ja?“

„Ja, hallo!“, kommt es ihm, von einer sonoren Männerstimme herrührend, aus dem Telefonhörer entgegen. „Du is de Isabella bei euch?“, fragt die sonore Stimme.

„Na! Wieso? Wer bist du?“

„Ah, die Sache is a so: Ich bräuchert was von ihr. Und ich erreich sie aber nirgends! Weißt auch nicht, wo ich sie erreichen könnt?“

„Na, keine Ahnung! Aber, wer spricht denn?“

„Naja, kann ma nix machen. Danke, noch mal. Tschau!“

„He, wer bist du eigentlich!“

Mit einem plötzlich wie aus heiterem Himmel über ihn hereinbrechenden Besetzt-Ton hilflos konfrontiert legt Mathias den Telefonhörer auf die Gabel zurück.

„Bravo!“, merkt Hedda, die das Gespräch zufällig beobachtet hat, mit genau jenem Unterton an, den sie meistens in ihrer Stimme hat, wenn sie, so wie jetzt, irgendetwas, scheinbar beiläufig, anmerken will. „Überaus schlaue und überlegte Gesprächsführung, Herr Genosse!“, ätzt sie weiter und Mathias widerfährt das beklemmende Gefühl, als erränge der Unterton sukzessive die Oberhand. **Fortsetzung folgt!**

# Stellungnahme eines TATblattlings

„...Die sexuelle Leidenschaft hat in Wien wenige Kämpferinnen und Kämpfer. Es ist auch nicht anzunehmen, daß die, die nicht mitkämpfen, es wenigstens libertär treiben. Die Libeertinage, die Sexualität in ihrem eigentlichen Ernst, hat hier in Wien keine Lobby.....“

Ich glaub' ich trau' meinen Augen nicht. Was will uns "Hermes" damit wohl sagen? Nur wenige KämpferInnen für sexuelle Leidenschaft gibt es in Wien? Naja, ein paar fallen mir da schon ein. Etwa die von der "Initiative Neue Linke". Die sorgen sich ja rührend um die sexuelle Freiheit. Gegen AIDS meinte da doch einer, müßte schnellstens was unternommen werden, schließlich laufe man rein rechnerisch bereits nach 26 GeschlechtspartnerInnen Gefahr, angesteckt zu werden.

Oder die Pornoshopbesitzer. Ohne deren wunderschönen "Lustensilien" wären die langen Winterabende doch wirklich sehr öde, oder???

Und was bitte wäre denn das Leben ohne all die netten Herren, die Tag für Tag dafür sorgen, daß Frauen sich nicht so einsam und verlassen fühlen müssen im Beruf, auf der Straße, in der Straßenbahn usw.....?

Verdammt, ich hab' schon lang nicht mehr so einen Mist im TATblatt gelesen wie den von "Hermes". Wenn etwas eine Lobby hat, nicht nur in Wien, nicht nur in Österreich oder Europa,.....wenn etwas weltweit eine Lobby hat, dann das, was da so vornehm "sexuelle Leidenschaft" genannt wird!

Sexuelle Freiheit, sexuelle Leidenschaft, natürliche Sexualität, sexuelle Befreiung.....ist ja wohl klar, daß ich als Linker für Freiheit, Leidenschaft, Befreiung und Natur bin, Oder? Oder nicht (*strenger Unterton*)?

Um es klarzustellen; um den Vorwurf, ich diskriminiere in bürgerlicher Manier Minderheiten, gleich einmal zu entkräften: Hier geht's mir nicht um Sado-Masochismus.

Gewalt ist wohl der Hauptbestandteil unseres Lebens. Kein Staat, kein Betrieb, keine Schule und

(warscheinlich) keine Beziehung existiert ohne Gewalt. Wenn am letzten Donnerstag vor Beginn der Fastenzeit ein paar tausend Menschen unter anderem deshalb in die Stadt ziehen, weil sie der Polizei zumindest einmal im Jahr mit derselben Gewalt begegnen wollen, mit der sie selbst andauernd konfrontiert sind, dann verstehe ich, woher das kommt.

Gewalt ist oberstes Prinzip dieser Gesellschaft, wo sollte jemand andere Formen des Widerstands herhaben? Und Ich find's auch gut, daß dieses Gewaltbedürfnis am Tag des Opernballs so unübersehbar manifest wird (bloß die Verletzten und Festgenommenen drücken unaufföhrlich im Magen). Trotzdem will ich's ändern, will Widerstandsformen entwickeln, ohne Verletzte und Verhaftete. Nicht zuletzt dafür engagier ich mich.....

Frage mensch mich, warum daß in der Sexualität anders sein sollte, ich wüßte keine Antwort. Und ehrlich gesagt, ich spür's selbst dauernd: die Lust auf Gewalt, vor allem auf sexuelle Gewalt! Lust auf Gewaltausübung und Lust auf Gewalterleidung.....

Ich bin halt auch "von dem bürgerlichen, gesamtgesellschaftlichen Desaster ziemlich geprägt"! Könnt ich mir sagen und's genauso stehen lassen wie Hermes.

Gewalt in der Sexualität zu leugnen ist absurd. Sie findet statt, genauso versteckt oder offen (also in Wirklichkeit ganz offen) wie die Gewalt gegen AusländerInnen, gegen "AußenseiterInnen",.....

Etwas vereinfachter Schluß: Sado-MasochistInnen bekennen sich — nach gemeinsamen Beschluß, hoffe ich zumindest — offen zu dem, was Realität ist; daß Gewalt wesentlicher Bestandteil der Sexualität ist.

Was mich so wütend macht, ist die stille Zufriedenheit mit der Situation — der Positivismus — in den Hermes verfällt:

• "Stolze Manifestation unserer Geilheit, bedacht ausgeführt" soll "Hermes" strapazvolle Aktion sein und denkt, daß "da schon ein gesell-

schafstsprengender Akt gesetzt" wurde.

Tut leid, dem kann ich nicht folgen. Die stolze Manifestation der Geilheit findet jeden Tag statt — als

zuletzt deshalb, das geb'ich zu, verursacht er Angst in mir. Die selbe Angst, die mich beim Durchblättern des Ausstellungskatalog "Erotikreativ" erfasste, die in mir Brechreiz

## Briefe Meinungen Diskussionen

Vergewaltigung — die Gesellschaft hats nicht gesprengt. Und bedacht ausgeführt ist sie dann, wenn sie für den Typen straflos bleibt; also fast immer!

• "Ächtung aller Gewalt". Ach so, verstehe, verstehe. Spricht wohl für sich, die Aktion?

• "Mahnwache für eine sexualitätsfreundliche Gesellschaft"! Noch einmal: Sexuelle Befreiung, sexuelle Leidenschaft.....die absolut inhaltsleeren Begriffe, die mir so einfallen. Sexualität wird an jeder Ecke zu Markte getragen. Der Alltag ist geprägt von Sexualität. Sexualität ist allgegenwärtig. Und sie ist geprägt von der Verachtung von Frauen. Sie Produziert tagtäglich aufs Neue das Gefühl, daß Frauen keinen Wert haben als den, sich an ihnen zu befriedigen zu können (ansonsten wäre Sexualität als Werbemasche wohl kaum sinnvoll). Sie trifft damit ziemlich gut das, was das "bürgerliche gesamtgesellschaftliche Desaster" in uns prägt. Die Lust, durch Entmenschlichung von anderen (von denen es viele gibt, zu denen Frauen aber IMMER gehören) das Gefühl von Macht zu erleben. Tut Leid, Hermes: Die sexualitätsfreundliche Gesellschaft gibt es. Sie ist zum Kotzen....

Ich würde jedem Mann, der behauptet, keine sexuellen Gewaltphantasien zu haben, glatt als Lügner bezeichnen. Ich hab' noch nie jemanden getroffen, der, nachdem wir gemeinsam über Gewalt in der Sexualität gesprochen haben, bestritten hat, daß der Gedanke an Gewaltausübung (oder auch -Erduldung) ihn erregen kann (Ich erlebe aber auch nur selten, daß dieses Gespräch überhaupt zugelassen wird, wodurch der statistische Wert meiner Beobachtung nicht gerade gesteigert wird). Entscheidend ist aber (zumindest versuche ich mir meine Existenz so zu vereinfachen), ob man bereit ist, sich selbst zu in Frage zu stellen; zu fragen, woher das Gewaltbedürfnis kommt, gegen wen es gerichtet ist, worin die Ursache dieses Haßes gegen Frauen liegt (und mit dem in Frage stellen allein ists auch nicht getan).....

Den Ansatz sehe ich im "Hermes"-Leserbrief absolut nicht. Nicht

verursacht: Es ist die Angst, an all der Darstellung von Gewalt gefallen zu finden....

So besehen mag besagte Ausstellung und der Abdruck des Hermes-Leserbrief "sinnvoll" gewesen sein — Konfrontation mit der Realität usw....

Letztlich kann ich aber, sowohl in besagter Ausstellung wie im Hermes-Brief nichts als dieselbe Verherrlichung eben jener gesellschaftlichen Herrschaftsprinzipien erkennen, die wir — auch im TATblatt — verbal immer bekämpfen. Eine Hinterfragung fehlt....

Was ich auch nicht ganz begreife, ist, wieso dieser Brief überhaupt den Weg in die Zeitung fand. Ich beteilige mich seit über zwei Jahren an diesem Projekt. Ich beteilige mich, weil ich es für "unser" Medium halte; für das Medium, in dem wir das diskutieren, was wir innerhalb eines linken Diskurses für diskutierenswert halten. In diesem Brief — typischer Fall von links verbrämten Positivismus — finde ich kein Argument, das in einer Diskussion unter Linken irgendwie weiter bringen kann. Einen Brief, in dem — bei "aller Humanität", versteht sich — festgestellt wird, daß sich Menschen immer in der Heimat am wohlsten fühlen, ev. AusländerInnen daher am besten dorthin zurückkehren sollten, wäre ohne Diskussion in den Altpapierkontainer gewandert. Wenns um Verherrlichung von Gewalt in der Sexualität geht — und die trifft nun einmal, unabhängig davon, ob im Brief Gewalt gegen Frauen verherrlicht wird oder nicht, zu 99,9% Frauen — dann ist das nicht so klar.

Die im TATblatt-Kommentar erwähnte "Erwartung auch weiterer Reaktionen", die für den Abdruck ausschlaggebend war, ist m.E. nichts anderes als so ein mystifiziertes Objektivitätsgebot, daß lt. TATblatt-Selbstdarstellung (siehe Seite 24) in diesem Projekt nix zu suchen hat.

Aber das, so wurde ich belehrt, sei ein anderes Thema....

Krieg gegen das Patriarchat heißt — zumindest für Männer — zuerst einmal Krieg gegen den Patriarchen in einem selbst!  
ein TATblätling ●

liebes tatblatt,  
bin wirklich froh, daß ihr den brief von josef fenz abgedruckt habt.  
natürlich kann an erotiKreativ manches kritisiert werden, jedoch sticht die tatsache ins (in mein ) auge, daß ihr euch ansonsten kaum mit kunst befaßt.

ist kunst für euch, wenn auch unter umgekehrten vorzeichen, genauso überflüssig, wie für "das kapital", weil siei keine unmittelbar meßbare veränderung/keinen unmittelbaren nutzen bringt?

oder geht ihr wirklich nie ins kino, lest keine bücher, geht nicht in konzerte, hört keine schallplatten oder seid mit der kultur"industrie" eh zufrieden??

im übrigen, wer beurteilt, was

wem nutzen bringt?

ist es luxus, etwas zu machen, was keinen unmittelbaren nutzen bringt, oder - was ich eher glaube - wäre es nicht notwendig von dieser vorstellung einer linearen kosten/nutzen rechnung weg - zu einer vielzahl von gründen/ursachen/folgen hin zu denken.

etwa auch: was könnten wir oder sie (?) anderes machen, als zu zwei demos zur gleichen zeit am gleichen tag zu gehen (freitag 23.11. Radln & Rumänien), am vormittag zum prozeß, am samstag zur nächsten demo und sonntag dann aktionstag - ist das sinnvoll/wichtig oder nicht auch eine rat- (nicht rad-) losigkeit?

lieben gruß ●

# TERMINE

## LINZ

### KAPU

Fr.07.12.20h: Film: Autonome Kultur in Österreich + Fest/Disco  
So.09.12.20h: HDQ(gb), The ABS(gb)  
Sa.15.12.20h: Infoladen-ERÖFFNUNG, Fest mit PANIKTREIBRIEGEL  
Do.20.12.20h: NEGAZIONE(it), BITCH MAGNET(USA)  
Mo.24.12.20h: Bombenweihnachtsfest mit Livemusik und Disco

Außerdem: monatliches Frauenfrühstück — Termin erfährt frau unter der (Kapu-)Telefonnr. 279660

jeden Di.19h: INFOLADEN&TATblatt-Treffen  
jeden Mi.19h: KAPU-Palaver  
KAPU Lokal Do.,Fr.,Sa.ab 20h geöffnet (abgesehen von der Zeit zwischen 25.12.90-03.01.91 — da is Pause)

## STADTWERKSTATT

Sa.22.12.: 7 SIOUX  
Mo.31.01.: RADIO HALL NEU-JAHRSFUNK

## WELS

### ALTER SCHLACHTHOF

Di.11.12.: STAND RED FOX

## GRIESKIRCHEN

### ROSSMARKT 1

Fr.07.12.20h: FILM + DISKUSION: "Jugendarbeit gegen rechtsextremistische Orientierung"

## WIEN

EKH (Ernst Kirchwegger Haus, 10,Wielandg.2-4)  
Mi.05.12.: HASTA LA FIESTA! SOZIOLOGINNENFEST für ALLE;

## FLEX

NEU: jeden Sonntag 18-20h Großbildvideos

## BIOZENTRUM der UNI Wien

(9,Althanstr.)  
Mo.10.12.18h: "Der globale Verkehrswahnsinn am Beispiel des 9.Bezirks". Veranstalterin: Basisinitiative Navi (Grüne), geladen sind VertreterInnen von: ARGUS, VCÖ, ARBÖ, ÖAMTC, ein Bezirksschakl;

## B.A.C.H. Bachgasse 21, 1160 Wien

Freitag 14.Dezember, 20 Uhr Tanzveranstaltung für Totalverweigerer mit DJ's Chris Duller und C.K.Organize

## VHS Ottakring, 16,Ludohartmannpl.7

Di.04.12.: "Fremde Heimat — zugewanderte Minderheiten in Österreich — Interkulturelles Ler-

nen im österr. Bildungssystem? Susanne Pirstinger (BMuKS)

## VHS Favoriten

Mi.05.12.19h: Kriminalgeschichte des Christentums  
Do.06.12.19h: Demokratie in Ö, "Öffentliche Gewalt in der Demokratie", Arno Pilgrim

## GE-Zentrum (1, Wipplingerstr.23)

Di.11.12.ab 17.30: "Österreichs Linke — ABGEMARXT"

## 4.GUSSHAUSSTR.14

### Veranstaltungsreihe des KSV "Die Linke Woche"

Mo.10.12.20h: "Geteiltes Land, getrenntes Volk", Diavortrag über die aktuelle Lage in Kurdistan.

Di.11.12.16h: Politcafe über die Zukunft der österr. Unis mit VSSTÖ und Grüne; 20h: Kabarett: Thomas Maurer mit "BIS DORT HINAUS", Eintritt:50Öschis

Mi.12.12.17.30: WAZ ist los? WAZ ist los! JournalistInnen diskutieren über Chancen linker Medien und über Möglichkeiten einer Vernetzung. 20h: Gibts ein Leben nach dem Kapitalismus? Diskussion mit W. Baier (KP), S. Puntischer-Riekman(Gr.Alt.), B. Aigner(SF)

Do.13.12.20h: "Immer noch werden Hexen verbrannt", Diskussion zur Abtreibungsfrage und RU 486 mit I. Votruba(Aktionskomitee), J. Binder(Frauengesundheitszentrum Tortula), G.Hauer

(Hosi) u. a.

Fr.14.12.16h: Entwicklungsland in der BRD? Vortrag und Diskussion mit Prof. P. Fleissner zur sozioökonom. Entwicklung der EX-DDR mit Unterstützung eines mathematischen Simulationsmodells; 20h: Einstands fest des KSV mit Live-Musik

## TU WIEN HÖRSAAL 7 (4, Karlsplatz 13)

Di, 4. 12., 20.00 Uhr  
"Mythos Mobilität"; Ursachen und Folgen eines Traum(a)s; Podiumsdiskussion des VCÖ mit Knoflacher, Swoboda (Gemeinde Wien), Tippel (ÖAMTC) und Kunisch (Handelskammer)

## LEOBERSDORF

### Fr.07.12.90: MARSCH ZUM RATHAUS

Dreißig Familien von Obdachlosigkeit bedroht!

In der Arbeitersiedlung Leobersdorf bahnt sich eine Katastrophe an. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß das Haus Südbahnstraße 45-47 in einer Ho-Ruck-Aktion geräumt und abgerissen werden soll.

Deshalb: Fr.07.12.15h in Leobersdorf Südbahnstr. 45-47 Treffpunkt zum Marsch mit den Betroffenen zum Rathaus!!!

Aktionstag gegen die Kriegsvorbereitungen im Arabischen Raum

Wo: weltweit!

Wann: prinzipiell immer, konkret am 21.Dezember 1990

Vorbereitungstreffen: Mittwoch 4.12.1990; 14 Uhr — Schottengasse 3a/1/4/59

## FAHRRADDEMO

wie immer:

jeden Freitag bei jedem Wetter um 16 Uhr Wiener Rathausplatz

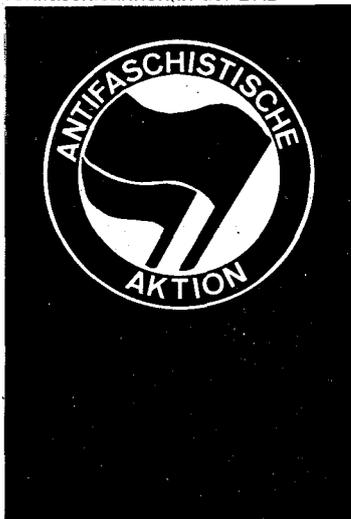
EXPO-Widerstandsfest bei der Mülldeponie-Aushubstelle im Donaupark, Eishalle. Sonntag, 9. Dez. ab 14 Uhr!

## Antifaschistischer Taschenkalender 1991

Inhaltliche Themen sind u.a.:

- Selbstverständnis verschiedener Antifa-Gruppen
- Das Frauenbild faschistischer Gruppierungen und Parteien
- Imperialistische Flüchtlingspolitik
- Faschismus und Antifaschismus in der DDR
- Repression gegen AntifaschistInnen in der BRD
- Tips für Demos und Aktionen

Zu bestellen gibt es den Kalender bei uns (TATblatt, Gumpendorferstr. 157/11, 1060 Wien) gegen ÖS 70 (ÖS 60 Kalender + ÖS 10 Porto). Legt das Geld eurer Bestellung bei.



Der 14. Taschen-KalendA der autonomen Anti-AKW-Bewegung ist da!  
Themen: Texte und Infos aus der Anti-Atom- und autonomen Szene, Adressen, und und und...  
228 Seiten, schwarz-rotes Cover, Einzelpreis: 9 DM plus 2 DM Porto gegen Vorkasse, WiederverkäuferInnen erhalten 30 - 50 % Rabatt.  
Der Atomkraft NEIN!-Kalender 91 kann bestellt werden bei: Umwälzzentrum, Scharnhorststr. 57, D-4400 Münster.  
Der Gewinn fließt in den Widerstand gegen Atomanlagen



# Das TATblatt

ist ein 14-täglich erscheinendes selbstverwaltes Informations- und Diskussionsorgan. Unser Ziel ist es aber nicht, irgendwelchen mystischen Objektivitäts- oder Ausgewogenheitsgeboten zu entsprechen.

Ein Medium ist immer nur ein Medium derer, die in ihm als Handelnde vorkommen! In bürgerlichen Medien handeln Unternehmer, Hausbesitzer, Regierungsmitglieder oder in deren Vertretung Polizei und Militär. Jene aber, die gegen menschenverachtende Projekte und Politik Widerstand leisten, die werden geräumt, werden geprügelt und werden festgenommen; kommen also nur als passiv Erduldende und Erleidende vor, ohne eigenen Antrieb (ferngesteuert) und vor allem ohne politische Bedeutung (ohnmächtig).

Im TATblatt, und das soll der Name zum Ausdruck bringen, handeln jene, die Straßen blockieren, Häuser besetzen, ... eben Widerstand leisten. Und diese sollen am Besten auch gleich selbst und ganz und gar subjektiv von ihrem Handeln berichten.

Auch die Antworten zu Fragen über Für und Wider von Basislohn, Militanz, Volkszählung usw. usf. werden wir uns nicht aus gebundenen Büchern heraus-suchen können; die müssen wir uns schon selbst-suchen: Also miteinander debattieren und streiten lernen. Der Platz dazu soll im TATblatt sein.

Das TATblatt ist ein Projekt in Entwicklung. Nicht nur die Rechtschreibfehler und die gegen Null laufende Numerierung deuten darauf hin. Welche aber Rechtschreibfehler, die Suche nach einem eigenen Schreibstil oder die Auseinandersetzung mit widersprüchlichen Meinungen nicht abschreckt, die können an der Entwicklung eines unabhängigen linken Zeitungsprojekts mitarbeiten.

## Die TATblatt-Kollektive:

**TATblatt-Wien:** 1060 Wien, Gumpendorferstraße 157/11; Telefon: (0222) 57 49 543; Plenum: jeden Donnerstag um 19 Uhr  
**TATblatt-Graz:** Kontakt: 8010 Graz; Kastelfeldgasse 34/16

## TATblatt-Linz: Treffen:

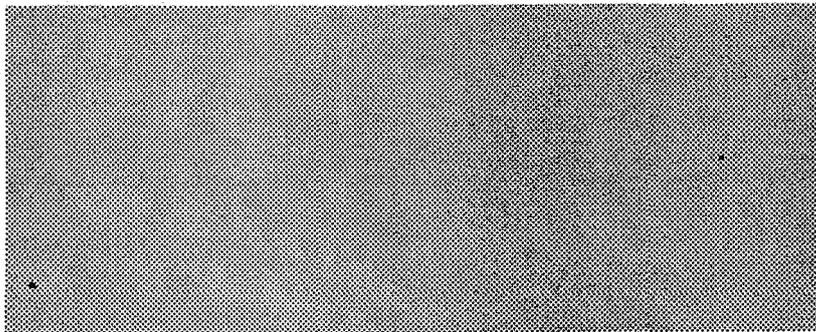
NEU: jeden Dienstag (!) um 19 Uhr im KAPU (Kapuzinerstraße 36)

**TATblatt-Innsbruck:** Treffen jeden Mittwoch nach Erscheinen im Seminarraum des Politikwissenschaftsinstitutes der Uni Innsbruck um 20 Uhr.

## ...im Abo:

Ein TATblatt-Abo kostet S 96,— für 10 Ausgaben oder S 190,— für 20 Ausgaben, sofern deine Postanschrift innerhalb Österreichs liegt. Außerhalb dieser Grenzen kostet ein 10-Nummern-Abo S 150,—. Zusätzlich gibt es die Möglichkeit, durch freiwillig erhöhte Abogebühren das TATblatt finanziell zu unterstützen.

TATblatt-Abos beginnen an dem Zeitpunkt zu laufen, zu dem die Abogebühren bei uns eingelangt sind (und zwar ausnahmslos!) Also: Wenn du abonnieren willst, so zahle möglichst rasch den beiliegenden Erlagschein ein. Falls keiner beiliegen sollte, so überweise das Geld auf P.S.K. 7547 212; Empfängerin „Unabhängige Initiative Informationsvielfalt“ eintragen! Das Abo endet automatisch nach Auslieferung von 10 oder 20 Ausgaben, wenn es nicht rechtzeitig durch Neu-Einzahlung verlängert wird.



P.b.b. Verlagspostamt 1060 Erscheinungsort Wien

**Achtung AbonnentInnen!** Die im Adreßpickerl unterhalb deines Namens in doppelter Klammer angegebene Zahl ist die Nummer jenes TATblatts, die du als letzte im Rahmen deines Abos zugeschickt bekommst, wenn du nicht rechtzeitig verlängerst!

## Impressum:

Medieninhaberin, Herausgeberin, Herstellerin und Verlegerin:

Unabhängige Initiative Informationsvielfalt; 1060 Wien; Gumpendorferstraße 157/11

Telefon: (0222) 57 49 543 Konto: P.S.K. 7547 212

DVR Nr. 0558371

Druck: Eigendruck



NATÜRLICH IST ES EINE SCHWEINEREI, DASS WIR WEGEN DER INL. JETZT ÜBER 3000 ÖSCHIS PROZESSKOSTEN PAHLEN MÜSSEN, ABER ZUM GLÜCK GIBT ES JA UNSER KONTO P.S.K. 7547212, AUF DAS IHR ALLE SOLIDARISCH EINZAHLUNGEN KOMMT.

## ...und im Einzelnen:

**WIEN 1:** ● BH Brigitte Hermann (Grünangergasse 1) ● BH Kolisch (Rathausstraße 18) ● BH Südwind (Kleeblattgasse 4) ● BH Winter (Landesgerichtsstraße 20) ● Zeitungskiosk R. A. Keream (Kärntner-torpassage – beim U4-Abgang) ● BH Zentralbuchhandlung (Stephansplatz) **WIEN 2:** ● BH Rive Gauche (Taborstraße 11b) **WIEN 3:** ● BH Sprachlos (Radetzkystraße 6) **WIEN 6:** ● BH/Platten VKA (Stiegegasse 20) ● Beisl KuKu (Linke Wienzeile 98) ● Platten Why Not (Otto Bauer Gasse 16) **WIEN 7:** ● Naturmarkt St Josef (Zollergasse 26) **WIEN 8:** EZA („3.W“ EZA (Lerchenfelderstraße 18-24) ● Bio Makrokosmos (Strozsigasse 38) **WIEN 9:** ● BH Buchwelt (Schwarzspanierstraße 15) ● BH Reisebuchladen (Kolingasse 6) ● Autonome Selbsthilfe (Marktgasse 21 bis 23; Mo/Di/Do 16-20; Mi 13-20) ● BH Monte Verita (Hahngasse 15) **WIEN 10:** ● BH Schiebl (Laxenburgerstraße 48) ● MieterInnen-Interessensgemeinschaft (Antonsplatz 22; Mo&Mi 15-18.30) **WIEN 15:** ● Antiquariat W. Simon (Iheringgasse 13; Do 15-20; Fr 15-18) **WIEN 16:** ● Beisl Cl: Payergasse.14) ● Beisl B.A.C.H. (Bachgasse 21) **GRAZ:** ● Friedenswerkstatt (Paulustorgasse 3) ● Dradiwaberl-Antiquariat (Zinzen-dorfergasse) ● Bücherstube (Prokopigasse 16) **LINZ:** ● Alternativladen (Zollamtsstraße 20) ● BH Alex (Hauptplatz) **INNSBRUCK:** ● Am Haven (Innrain 157) ● BH Parnaß (Speckbacherstraße 21) ● Café Ultimatum (Dreiheiligenstraße 9) **SCHWERTBERG (OÖ):** ● Kulturverein KANAL (Joseftal 21) **SCHWAZ IN TIROL:** ● „Dritte Welt Laden“

Änderungen vorbehalten! Stand November 1990